



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# Bürger\*innenbrief

22. Februar 2024

Unsere Alternative heißt Solidarität +++ Bundesprogramm Startchancen +++ Sternbrücke +++ Elbtower +++ Privatisierung des Hafens stoppen +++ Bezirksversammlungswahlen +++ Bücher zu jedem Thema +++ Heinrich-Heine-Fest



## WIR SIND DIE BRANDMAUER! NIE WIEDER IST JETZT!

»Seit Jahren verschiebt die AfD die Debatten nach rechts, spaltet unsere Gesellschaft und bedroht unser Zusammenleben. Wir alle sind gefordert, als laute Mehrheit für unsere Demokratie einzustehen und sie gemeinsam zu gestalten. Nach Wochen der Massenproteste gegen Rechtsextremismus stehen wir noch immer zusammen. Wir sind die Brandmauer. Auf uns alle kommt es an. Deswegen gehen wir am 25. Februar in ganz Deutschland auf die Straße. Wir werden nicht aufhören laut zu sein gegen Rechtsextremismus, menschenverachtende Politik und die AfD.«

## Liebe Leserinnen und Leser,

einen politischen Aschermittwoch, wie alljährlich in Passau, kennen wir Nordlichter ja (leider?) nicht. Dafür hats die Hamburger Linksfraktion Anfang Februar aber für zweieinhalb Tage nach Malente verschlagen. Es galt, das vor uns liegende Jahr zu beraten, die letzten zwölf Monate vor der Bürgerschaftswahl im Februar 2025. Wir, d.h. die knapp 30 Abgeordneten, Fraktionsmitarbeiter\*innen und persönlichen Referent\*innen, haben ein entspanntes, inspirierendes Wochenende miteinander verbracht. Dazu wesentlich beigetragen haben unsere Gäste:

- Jana Werner (freiberufliche Redakteurin »Die Welt«), die aus journalistischer Perspektive ein recht freundliches Bild von der »umtriebigen Bürgerschaftsfraktion« zeichnete und meinte, diese habe dazu beigetragen, dass DIE LINKE in Hamburg auf ein vergleichsweise stabiles Wähler\*innenpotenzial bauen könnte;
- Christoph Spehr (Autor und Landesvorsitzender der Bremer LINKEN), der unterstrich, dass in seiner Heimatstadt die LINKE mit ihren 11,1% bei der letzten Bürgerschaftswahl 2023 mittlerweile in allen Gesellschaftsschichten

Resonanz fände und uns Hamburger Genoss\*innen eine »offensive Quartiersarbeit« empfahl;

- Katrin Lompscher (2016 bis 2020 Berlins linke Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen), die über die wegweisenden Erfahrungen der Berliner Linken mit dem Volksentscheid zur Enteignung der großen Wohnungskonzerne und den – vorerst gescheiterten – Mietendeckel berichtete.

Im Gegensatz zu den Verwerfungen unserer Zeit hat unsere Konferenz Spaß gemacht, den nötigen Zusammenhalt gestärkt und viele Anregungen hinterlassen. Wir haben uns sogar die optimistische Frage gegönnt, was eigentlich geeignete, überzeugende, aus dem Herzen kommende Maßnahmen der LINKEN in den ersten 100 Tagen ihres alleine gestellten Senats wären, nachdem sie die Wahl mit mehr als 50 Prozent für sich entschieden hätte. Auf ein kostenloses Schulfrühstück für alle Kinder sind wir z.B. gekommen, auch auf zunächst einen kostenfreien Tag im Öffentlichen Personennahverkehr (also beim HVV) und nicht zuletzt eine unmittelbar verkündete Mietsenkung bei der SAGA, angesichts ihrer seit Jahren anhaltenden, alljährlichen Gewinne von mehr als 200 Millionen Euro.

Träumen muss erlaubt sein! Vorerst nehmen wir zur Kenntnis, dass DIE LINKE laut Wähler\*innenumfrage in Hamburg Anfang Februar (»Wen würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bürgerschaftswahl wäre?«) bei immerhin 7% liegen würde – bei der letzten Wahl 2020 waren es 9,1%(www.ndr.de/nachrichten/hamburg, siehe dazu auch den Artikel zu den Bezirksversammlungswahlen weiter unten). Sich angesichts dieser Prognose Gedanken zu machen über die ers-

ten Maßnahmen einer von mehr als 50 Prozent unterstützten Linksregierung scheint vermessen. Andererseits, wenn es in dem Tempo vorangehe wie bei der Bezifferung der Demonstrant\*innen auf der Anti-Rechts-Kundgebung am 19. Januar rund um den Jungfernstieg – die Polizei sprach zunächst von 50.000, die Veranstalter\*innen von 80.000 Beteiligten, nach jüngster Analyse, kaum zwei Wochen später, waren es tatsächlich mindestens 180.000 (»Hamburger Abendblatt«, online vom 8.2.2024) –, dann ist da noch reichlich Luft nach oben. Oder, um es mit den ebenfalls weiter unten auftauchenden Worten zu formulieren: Wir sind noch (längst) nicht fertig!



Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus  
Michael Joho und Hanno Plass



Die Linksfraktion in Klausur ...



... und beim Geburtstagsständchen

# Unsere Alternative heißt Solidarität

Der Parteivorstand der LINKEN vom 27. Januar 2024

## Soziale Gerechtigkeit statt Rassismus und rechte Hetze

Die AfD hat sich seit ihrer Gründung fortlaufend radikalisiert. Sie ist heute eine rechtsextreme Partei, die offen das Ziel verfolgt, die Demokratie zu beseitigen. Die AfD hat in ihrem Programm insgesamt eine rassistische, national völkische Ausrichtung verankert, die nicht auf Einzelpersonen oder Teilorganisationen beschränkt ist. Dem Programm der AfD liegt ein völkischer Begriff von Bevölkerung zugrunde, der Menschen nach rassistischen Kategorien einteilt. Recherchen des Correctiv-Magazins haben bestätigt, dass AfD-Mitglieder mit anderen extremen Rechten und Neonazis Pläne zur Deportation diskutiert haben: Wer nicht »ausreichend assimiliert« sei, sollte (auch wenn sie Deutsche wären) aus Deutschland verdrängt werden. Sie meinen damit alle Menschen mit Migrationsgeschichte und alle, die für eine offene Gesellschaft einstehen bzw. sich ihren Vertreibungsplänen in den Weg stellen. Nach Aufdeckung der Gesprächsinhalte erklärte der Fraktionsvorsitzende der Brandenburger AfD, es handele sich nicht um ein Geheimgespräch, sondern um »ein Versprechen«.

Die AfD verfolgt ihre Ziele auf allen Ebenen: im Kampf um die Parlamente, als Kulturkampf, als Kampf um Einfluss auf Bildungsinhalte und -institutionen, Verwaltung, Richterämter. Sie geben vor, ihr Rassismus diene der Verteidigung der sozialen Rechte der »Deutschen«. Tatsächlich setzt ihre Politik auf Ausgrenzung und Sozialabbau; sie wollen Löhne und Renten absenken und Arbeitsrechte schleifen. Es ist höchste Zeit, dass ihnen massenhaft entgegengetreten wird. Wir stellen uns mit aller Kraft gegen die Versuche der AfD, die Grenzen des öffentlich Sagbaren und Machbaren, die Politik und die Gesellschaft nach rechts zu verschieben. #wir-sind-die-Brandmauer

Die AfD kann nur bekämpft werden, wenn Menschlichkeit, soziale Gerechtigkeit, eine solidarische und demokratische Gesellschaft und die Würde und die Rechte aller Menschen verteidigt werden. Wer denkt, die AfD werde geschwächt, wenn ihre Forderungen erfüllt oder ihre Sprache übernommen würden, hat die Dynamik der derzeitigen Politik nicht verstanden oder versucht, unter dem Vorwand, die AfD zu bekämpfen, Wasser auf die eigenen Mühlen zu lenken.

Die AfD nutzt für ihre rassistische Mobilisierung den Nährboden, den Sozialabbau, Niedriglohn und die Aushöhlung der öffentlichen Daseinsvorsorge geschaffen haben: Das Gefühl, dass das Leben nicht mehr funktioniert, dass der gesellschaftliche Vertrag gekündigt ist, in dem Arbeit gegen soziale Absicherung und ein besseres – oder wenigstens sicheres Leben der Kinder – getauscht wird. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie im Stich gelassen werden und die Versprechungen nicht eingehalten werden – zu Recht.

Mit ihrer Politik der gebrochenen Versprechen und mit dem Rückzug der staatlichen Verantwortung unterhöhlt die Ampelregierung die Demokratie. Statt Verlässlichkeit im Wandel zu schaffen, wirken die anstehenden Haushaltskürzungen, der geplante Sozialabbau mit dem Ende der Energiepreisbremse und steigendem CO<sub>2</sub>-Preis, als ein fataler Verstärker. Die Unterfinanzierung des nötigen Umbaus von Industrie und Wirtschaft bedroht Arbeitsplätze und blockiert den Aufbau einer Zukunftsindustrie mit guter Arbeit.

Die Regierung hat das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft. Damit bestärkt sie die AfD und ihre Darstellung der gesellschaftlichen Probleme – als wäre unsere Gesellschaft nicht in der Lage, einige hunderttausend Geflüchtete aufzunehmen. Es ist falsch, wenn die Regierung Migration zum Problem erklärt. Tatsächlich haben die Geflüchteten nichts mit der Wohnungsnot zu tun oder damit, dass es überall an Lehrer\*innen, Pflegekräften und Erzieher\*innen fehlt. Das ist Ergebnis der Politik der Regierungen der letzten 20 Jahre, die öffentliche Investitionen eingestrichen haben, Steuern für die Reichen gesenkt haben und die Schuldenbremsen zur Religion erhoben haben. Bis in die Kommunen und den Alltag werden die Interessen der einen Bevölkerungsgruppen gegen die anderer gestellt.

DIE LINKE streitet für eine soziale Offensive für alle: für bezahlbares Wohnen, ÖPNV, gute Pflege und Gesundheitsversorgung, Kitaplätze und Bildungsangebote.

Kommunen müssen ausreichend Geld vom Bund erhalten, damit sie Geflüchtete und Sozialleistungen insgesamt tragen können. Darüber hinaus sollen Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen, zusätzliche Investitionsgelder in öffentliche Daseinsvorsorge erhalten, damit der Alltag für alle vor Ort funktioniert. Das Geld ist da, wenn hohe Vermögen und Konzerne endlich gerecht an den Kosten beteiligt werden. Die Kommunen müssen endlich auskömmlich finanziert werden, denn dort leben die Menschen.

Das Leben und die Würde aller verteidigen: Wir verteidigen das Recht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention: Niemand darf dem Tod und der Bedrohung für Leben oder Freiheit ausgesetzt werden. Das »Rückführungsverbesserungsgesetz« der Regierung erleichtert Abschiebungen und Inhaftierung ohne Prozess und erschwert die zivilgesellschaftliche – einzige – Seenotrettung im Mittelmeer bis hin zur Kriminalisierung der Retter\*innen. Dass die Regierung den Blick auf die Menschen in Not richtet und sie gegeneinander ausspielt, ist schäbig und ein Zeichen für das Versagen ihrer Politik. Die Angriffe der Regierung und der rechten Opposition auf Menschen, die Bürgergeld beziehen, weisen wir zurück.



DIE LINKE bekräftigt ihre Haltung zum Umgang mit der AfD in den Parlamenten und ruft auch die anderen Parteien dazu auf, dass es mit der AfD keine Kooperation geben darf. Auf der Bundes-, Landes- und der kommunalen Ebene muss es eine klare Abgrenzung von der AfD geben: Keine gemeinsamen Anträge, keine Zustimmung zu Anträgen, keine Wahl von AfD-Kandidat\*innen, keine Koalitionen mit der AfD.

Es ist nachvollziehbar, dass es jetzt Forderungen nach einem Verbot der AfD gibt. Ein solches muss auch, inklusive des Verbots einzelner Landesverbände, sorgfältig geprüft und bei Vorliegen der Voraussetzungen auch eingeleitet werden. Doch das wird eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb bedarf es auch jetzt konkreter Maßnahmen, um der AfD die Wirkmächtigkeit und Handlungsfähigkeit zu nehmen:

- Die faschistische AfD darf nicht mit öffentlichen Geldern gefördert werden: Die staatliche Parteienfinanzierung muss eingestellt werden.
- Es darf keine staatliche Förderung der ihr nahestehenden Desiderius Erasmus Stiftung geben.
- Die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative (JA), die ein Sammelbecken gewaltbereiter oder gewalttätiger Faschisten sind, muss verboten werden. Es dürfen keine Waffenscheine an AfD-Mitglieder erteilt werden.

Wir unterstützen breiteste Bündnisse gegen rechts aller demokratischen Kräfte. Es braucht endlich umfassende Unter-

stützung für die Zivilgesellschaft, die sich überall und oft ehrenamtlich den Rechten entgegenstellt. Ihre Aktiven und ihre Infrastruktur Vorort werden von den Rechten häufig direkt bedroht. Zugleich sind zivilgesellschaftliche Strukturen vielfach unterfinanziert, leiden unter viel zu kurzen Förderzeiträumen und sind von Kürzungen bedroht. Die Ampel-Koalition hatte hier bereits in ihrem Koalitionsvertrag Abhilfe versprochen. Doch die FDP blockiert immer noch das überfällige Demokratiefördergesetz und will die schikanöse Extremismus-Klausel wiederbeleben, die ausgerechnet antirassistische und antifaschistische Initiativen unter Generalverdacht stellt. Diese Demokratie-Bremse muss endlich gelöst werden. Unsere Solidarität gehört all jenen, die sich dem Rechtsruck widersetzen und/oder von ihm bedroht werden. Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft müssen gestärkt werden. Protest, ziviler Ungehorsam und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse sowie Initiativen müssen mit einem echten Demokratiefördergesetz stärker und langfristig finanziell unterstützt werden.

DIE LINKE kämpft gegen rechte Hetze und für eine solidarische, gerechte Gesellschaft. Beides gehört zusammen. Wir rufen unsere Mitglieder auf, sich im ganzen Land an den zivilgesellschaftlichen Protesten gegen rechts, gegen die AfD zu beteiligen.

## Bürgerschaftswahl 2025: Ich habe noch nicht fertig

Von Heike Sudmann

Dieser Senat setzt unvermindert und starrköpfig auf eine Politik, die für die meisten Hamburger\*innen negative Auswirkungen hat. Einige Beispiele, die meinen Blutdruck unvermindert in die Höhe treiben:

### Stadtentwicklung

Mit öffentlicher/staatlicher Förderung wird der Spekulation und den Spekulant\*innen Tür und Tor geöffnet (Stichworte Holstenareal, Elbtower).

Klimagerechtes Bauen findet sich in vielen Broschüren und Sonntagsreden des Senats, in der Realität sollen für die Naherholung, für Frisch-/Kaltluftzonen, für das Klima wichtige Grünbereiche platt gemacht werden (Stichworte Wilder Wald, Diekmoor, Oberbillwerder).

### Wohnen und Miete

SPD und GRÜNE loben sich, weil Hamburg bundesweit an der Spitze bei der Bewilligung und dem Bau von öffentlich geförderten Wohnungen steht. Das ist jedoch eine Medaille ohne Wert für die Hamburger\*innen. Der Bestand an öffentlich ge-



Die ehemalige Berliner Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher und Heike Sudmann auf der Klausurtagung der Hamburger Linksfraktion im Februar 2024 (Foto: M. Joho)

förderten Wohnungen soll – und wird – sich in den nächsten Jahren auf dem jetzigen Niveau von gut 80.000 Wohnungen halten. Gleichzeitig haben 550.000 Haushalte so wenig Einkommen, dass sie eine solche Wohnung beanspruchen könnten. Selbst bei Berücksichtigung aller relativ günstigen Genossenschafts- und Stiftswohnungen und den nicht mehr gebundenen SAGA-Wohnungen bleibt eine Riesenslücke von mehreren hunderttausend Wohnungen.

Vernunftbegabte Menschen würden jetzt auf die Idee kommen, den Drittmix zu beerdigen, denn diese Vorgabe des Senats hat seit 2011 zwei Drittel teure Neubauwohnungen in Hamburg entstehen lassen – auch mit entsprechender Auswirkung, sprich Steigerung, auf den Mietenspiegel. Vernunftbegabte Menschen würden auch auf die Idee kommen, einen bundesweiten Mietendeckel mit auf den Weg zu bringen.

## Verkehr

Seit 2011 sollen die Busse in Hamburg beschleunigt werden. Herausgekommen ist bisher eine Riesensmenge von verspäteten oder ausgefallenen Bussen, statt Beschleunigung ist jetzt nur noch von Optimierung die Rede. Dabei könnten die Busse an den Autos im Stau vorbeifahren, wenn sie auf den Hauptstrecken eigene Busspuren bekämen. Unsere Forderung wurde immer abgetan, doch jetzt stellt sie selbst der neue Hochbahnchef. Steter Tropfen höhlt den Stein.

Betonhart bleiben SPD und GRÜNE hingegen bei der U5. Obwohl weder der kurze Stummel von Bramfeld zur City-Nord (Fahrgastbetrieb frühestens 2032/33) noch die gesamte 24 Kilometer lange Strecke bis zu den Arenen (Fahrgastbetrieb frühestens in den 2040er-Jahren) irgendeinen Beitrag zur proklamierten und auch notwendigen Mobilitäts- und Klimawende bis 2030 beitragen können, lässt der Senat nicht davon ab. Dabei könnte für die derzeit 16 Mrd. Euro teure U5 ein mehrere hundert Kilometer langes Straßenbahnnetz gebaut werden, Fahrgastbetrieb auf ersten Strecken bis 2030 (Plan- und Bauunterlagen aus der schwarz-grünen Regierungszeit sind noch vorhanden).

## Bundesprogramm Startchancen:

# Bildungsgerechtigkeit mit angezogener Handbremse

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass

Der Jubel ist groß bei den Kultusministerien: Das Startchancen-Programm ist vereinbart! Es soll, so verkündete die Schulbehörde vor wenigen Tagen, mit 215 Millionen Euro benachteiligte Hamburger Kinder und Jugendliche fördern. Oder war es fördern? Bevor wir zu den inhaltlichen Punkten kommen, wollen wir eine Übersicht darüber geben, was das Startchancen-Programm, laut Kultusministerkonferenz (KMK) vom Herbst 2023, leisten sollte:

- Ab dem Schuljahr 2024/25 will der Bund für zehn Jahre jährlich eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen.
- Die Länder bringen ihrerseits ebenfalls eine Milliarde Euro auf.
- Das Programm soll rund zehn Prozent aller Schüler\*innen in Deutschland »erheblich« unterstützen.
- Die Förderung »zielt auf eine bessere Ausstattung der Schulen, bedarfsgerechte Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung und eine Stärkung multiprofessioneller Teams«.



Im Einsatz gegen den Abriss der Sternbrücke am Morgen des 19. Februar (Foto: M. Joho)

## Sport

»Brot und Spiele« scheint ein nicht totzukriegendes Motto zu sein. 2015 haben die Hamburger\*innen dem Deutschen Olympischen Sportbund und dem Senat mit ihrer Ablehnung von Olympischen Spielen in Hamburg einen kräftigen Tritt vor das Schienbein gegeben. Die Reaktion acht Jahre später ist ein Foul: Beide treiben erneut eine Bewerbung voran – als wenn die Hamburger\*innen sich nicht klar entschieden hätten.

Mit dieser Politik hat der Senat es geschafft, meine Überlegungen, nicht erneut für die Bürgerschaft zu kandidieren, über den Haufen zu werfen. Ich bin noch nicht fertig (geworden). Es gilt unvermindert, die guten linken Alternativen voranzutreiben, den Senat mit Anfragen und Anträgen zu zwingen, Farbe zu bekennen. Gemeinsam mit den vielen Initiativen und Bewegungen in dieser Stadt, die für ein besseres Leben und für eine Umverteilung streiten, will ich weiterhin was bewegen. Mein Tatendrang und meine Streitlust sind ungemindert, deshalb werde ich mich erneut um einen Platz auf der Bürgerschaftsliste DIE LINKE bewerben.

- Inhaltlich und pädagogisch fokussiert das Startchancen-Programm die »sinkenden schulischen Leistungen vieler Schülerinnen und Schüler«.<sup>1</sup>
- Es wurden im ganzen Bundesgebiet rund 4.000 Schulen identifiziert, die zusätzliche Ressourcen erhalten sollen. Nun wurde weiterverhandelt und für Hamburg sollen jährlich 215 Millionen Euro aus Bundesmitteln herauspringen. Konkret sollen sozioökonomisch benachteiligte Schüler\*innen »gezielt beim Erwerb von Basiskompetenzen in Deutsch und Mathematik und ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefördert werden.« Erklärte Ziele sind eine Erhöhung der »Chancengerechtigkeit« und die »Verringerung der sozialen Spaltung«. Es hebt auch Schulen mit Sozialindex 1 und 2 mit sozioökonomisch armer und sehr armer Schüler\*innenschaft sowie auch Berufsschulen, besonders solche mit einem hohen Anteil von Schüler\*innen in der Ausbildungsvorbereitung, ab.

Dazu wird das Startchancen-Programm in drei Säulen aufgeteilt:

- 1 ein Investitionsprogramm »für eine zeitgemäße und förderliche Lernumgebung«, das 40 Prozent der Mittel umfasst.
- 2 »Chancenbudgets für bedarfsgerechte Lösungen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung«.
- 3 Mittel, um Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams zu finanzieren (je 30 Prozent der Mittel).

Konkret werden in Hamburg schon laufende Sondermaßnahmen genannt, die verstärkt und ausgebaut werden sollen wie Sprachförderung, Lernförderung (§ 45 HmbSG) und das Programm 23+ Starke Schulen, an dem mittlerweile über 30 Schulen teilnehmen.<sup>2</sup> Schwerpunktmäßig sollen die Grundschulen 60%, die weiterführenden 40% der begünstigten Schulen ausmachen.

Auch wenn es erfreulich ist, dass – endlich! – ein Bundesprogramm zur Verringerung der Bildungsungerechtigkeit vereinbart (aber noch nicht beschlossen) ist, bleibt viel Raum für Kritik und Fragen. Ein zentraler kritischer Aspekt ist Zeit. Seit der ersten PISA-Studie, die den »PISA-Schock« auslöste, ist fast ein Vierteljahrhundert vergangen: Im Jahre 2000 wurde der Bundesrepublik drastisch vor Augen geführt, dass Herkunft und Bildung gekoppelt sind, dass vom sozioökonomischen Stand des Elternhauses der Schulabschluss maßgeblich abhängt. Ganz plastisch: Je mehr Einkommen die Familien zur Verfügung haben, desto höher der Bildungsabschluss der Kinder.

An dieser Faustregel hat sich nichts geändert. Denn der aktuelle Bildungsbericht Hamburgs 2023 stellt genau diesen Umstand fest: »Je höher die sozioökonomischen Belastungen der Schülerinnen und Schüler, desto geringer fällt ihr Kompetenzerwerb aus, und umgekehrt.«<sup>3</sup>

Das Schulsystem spielt über die Verengung der Zugänge und Qualifikationen für den Arbeitsmarkt eine wesentliche



Bildungsprotest auf dem Gänsemarkt (Foto: S. Boeddinghaus)

Rolle bei der Reproduktion der Klassengesellschaft, das ist ein unbestreitbarer Fakt.<sup>4</sup> An diesem Prinzip hat keine Bundes- oder Landesregierung gerüttelt. Die vielen besonderen, zusätzlichen Maßnahmen und Programme haben zu keinem wesentlichen Wandel geführt. Es muss festgestellt werden, dass – in dieser kaum untersuchten und überprüften Art – eine Menge Geld verbrannt worden ist.

Zeit spielt auch deshalb eine Rolle, weil das Startchancen-Programm zwar zum nächsten Schuljahr kommen soll, doch schon im Haushalt der rot-grün-gelben Bundesregierung 2021 war das Programm eigentlich vereinbart worden. Es ist also in der jetzigen Legislatur zu spät, es ist aber auch besonders mit Blick auf den »PISA-Schock« viel zu spät.

Weiterhin stellen sich Fragen zu den drei Säulen.

In der ersten Säule, Investitionen in Schulbau, ist eines der Ziele, barrierefrei zu bauen. Dies ist sowieso ein verpflichtendes Ziel und ein Mindeststandard, da die Bundesrepublik die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet hat. Kaum etwas Bewegendes. Und hinsichtlich des Schulgesetzes muss festgehalten werden, dass Hamburg prinzipiell daran gebunden ist, entsprechend der Schüler\*innenzahl Schulen und Klassenräume zur Verfügung zu stellen. Benjamin Edelstein und Marcel Helbig stellen zudem und zu Recht fest, dass angesichts des enormen Sanierungsstaus im Schulbau, die jetzigen Summen nur ein »Tropfen auf den heißen Stein« bedeuten; außerdem sehen sie wenig Grund, davon auszugehen, dass Schulbaumaßnahmen einen »substanziellen Beitrag zum Abbau von Bildungsbarrieren leisten werden.«<sup>5</sup>

Die Schul- und Unterrichtsentwicklung, die zweite Säule, ist seit Langem im Hintertreffen, weil die schon vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit durch *längeres gemeinsames Lernen* im Ganztage seit Jahren bekannt sind, jedoch kaum systematisch

<sup>1</sup> KMK, 21.9.2023.

<sup>2</sup> 23\_starke\_schulen\_wer\_nimmt\_warum\_und\_wie\_teil.pdf (buergerschaft-hh.de).

<sup>3</sup> www.hamburg.de/contentblob/17434422/ec79ef50f8c64c-14f53627583eba9824/data/pdf-hamburger-bildungsbericht-2023.pdf, S. 13.

<sup>4</sup> Der schwere Weg zu einer Schule für alle. Warum sich keiner vom Gymnasium trennen will. In der Zeitschrift LuXemburg (zeitschrift-luxemburg.de).

<sup>5</sup> Benjamin Edelstein/Marcel Helbig: Überfällig, aber nicht gut durchdacht – Ein Kommentar. Die Schule für alle, 2023/2. S. 17–20.





Genau darum geht's! (Foto: Pressestelle Linksfraktion)

und strukturell in den Schulen umgesetzt werden. Nach wie vor herrscht Segregation in zieldifferente und leistungshomogene Schulformen vor, teaching for the test und Wettlauf um Noten; die Lernfreude der Kinder und Jugendlichen spielt in keinem bildungspolitischen Programm eine Rolle. Pädagogische Kriterien fließen nicht verbindlich in das Startchancenprogramm ein – was wird also inhaltlich gemacht? In welche Richtung soll der Unterricht entwickelt werden? Wie sinnvoll werden die neuen Programme an die bestehenden Konzepte der einzelnen Schulen operativ eingebunden? Wie viel zusätzliche Personalressource wird für die Programmentwicklung eingeplant? Es besteht weiterhin die Gefahr, dass das Geld mit geringem Effekt verpufft.

Säule 3 soll multiprofessionelle Teams stärken und stellt besonders die Schulsozialarbeit heraus. Das ist nicht schlecht, aber auch hier ist unklar, wie sie als Teil der bestehenden Teams aufgenommen wird, wie die Ausbildung eigentlich aussieht (in Hamburg wurde Schulsozialarbeit als Studien- und Ausbildungsfach abgeschafft). Und im Zentrum steht die Zeitfrage: Mehr Personal per se schafft die Zeitnot nicht ab, die bei den übervollen Bildungsplänen und den vielen zusätzlichen Aufgaben des pädagogischen Personals vorherrscht und an denen die überholte Arbeitszeitverordnung in Hamburg schuld ist. Außerdem werden ja schon jetzt Erzieher\*innen an Schulen eingesetzt, um Stundenausfall zu kompensieren. In ihrem Kommentar halten Edelstein und

Helbig fest: »Gerade bei der Schulsozialarbeit müsste daher das Startchancen-Programm zum Anlass genommen werden, den Wildwuchs aus Finanzierungsquellen, Trägerschaften und Verantwortlichkeiten grundlegend neu zu ordnen. Ohnedies wird es nur schwer gelingen, die für die Sozialarbeit vorgesehenen Mittel effizient und zielgerichtet einzusetzen. Voraussetzung dafür ist natürlich auch, dass es überhaupt genügend Sozialarbeiter:innen gibt.«<sup>6</sup>

Unklar ist uns derzeit auch, wie die angekündigte bedarfsgerechte Verteilung gehandhabt werden soll. An einer generellen Verteilung des Geldes nach dem Königsteiner Schlüssel wurde deutliche Kritik geübt, da diese bedarfsunabhängige Vergabe ungenau und ungerecht sei, an den Bedarfen vorbei.<sup>7</sup> Die GEW im Bund beklagt, dass allein bei der Säule Schulbau nach Bedarfen verteilt werden würde, bei Säule 2 »Chancenbudget« und Säule 3 »Multiprofessionelle Teams« wieder eine globale Verteilung zum Tragen kommen würde. Marcel Helbigs Untersuchung legt nahe, dass bei einer Verteilung der Mittel nach dem Königsteiner Schlüssel in der Regel Schulen in Städten mehr profitieren würden, als Schulen auf dem Land, die jedoch ebenso Mittel benötigen.<sup>8</sup>

Fraglich ist, wie viel mehr Eigenmittel der Senat in den Haushalt einbringen wird, um die Gegenleistung des Landes zum Bundesgeld zu erbringen. Oder werden bestehende Haushaltstitel umdeklariert und somit gar nicht mehr Landesmittel aufgebracht? Ist so etwas kein Etikettenschwindel? Die »TAZ« erklärte es schon: »Durch den Kompromiss, eigene Ausgaben anrechnen zu können, wird deutlich weniger »frisches« Geld ins System gehen.«<sup>9</sup>

Was bei dem Startchancen-Programm überhaupt keine Rolle spielt, ist die Inklusion. Behinderte Schüler\*innen wurden schlichtweg »vergessen«, Inklusion steht somit wieder mager und hager im Regen.

Um auf das vergangene Vierteljahrhundert zurückzuschauen: Die ganzen Sonderprogramme, die ins Leben gerufen wurden, sind ohne substanziellen Effekt geblieben. Das stellt auch Uli Vieluf im Interview fest.<sup>10</sup> Die beiden Hilfsmittel zur Verringerung der Bildungsungerechtigkeit, Ganztags und Inklusion, waren beide als Sparprogramme angesetzt. Verbesserungen mussten gegen den Senat erkämpft werden, beide brauchten eine erfolgreiche Volksinitiative dazu.

Die wichtigen nächsten Schritte wären:

- ein transparentes finanzielles und pädagogisches Konzept für die Bundes- und Landesmittel aus dem Startchancen-Programm;
- die Ausweisung, wo schon eingeplante Haushaltsmittel des Landes für Startchancen eingesetzt werden, damit erkennbar wird, wo Geld fehlt;

<sup>6</sup> Edelstein, Helbig, Überfällig.

<sup>7</sup> Marcel Helbig, Eine »faire« Verteilung der Mittel aus dem Startchancenprogramm erfordert eine ungleiche Verteilung auf die Bundesländer. p23-001.pdf (wzb.eu); GEW: »Ja zum Startchancenprogramm – bei der Finanzierung nachbessern!«

<sup>8</sup> Edelstein/Helbig, Überfällig.

<sup>9</sup> Ralf Pauli: Später Start für Startchancen-Programm. TAZ, 2.2.24, S. 6.

<sup>10</sup> Kaija Kutter: »Keine Tabus bei der Schulstruktur«. Interview mit Uli Vieluf, TAZ, 14.2.2024, S. 28.

- eine Bedarfserhebung und eine massive Erhöhung der Mittel, damit alle Schulen, die es benötigen, zusätzliche Mittel erhalten.

Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken wiederholte wenige Tage vor der Verkündung des Startchancen-Programms ihre (und die LINKE-) Forderung nach einem Sondervermögen für Bildung von zehn (wir: einhundert) Milliarden Euro.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Startchancen-Programm: Milliardenprogramm soll Bildungschancen für sozial benachteiligte Kinder fördern (handelsblatt.com), Startchancen-Programm für Brennpunktschulen: Saskia Esken verlangt das Fünffache an Geld - DER SPIEGEL.

An der Konstruktion, dem Effekt und dem vom Umfang her größten Wurf von Bund und Ländern, etwas gegen die Bildungsungerechtigkeit zu tun, sind berechtigte Zweifel angebracht. Es steht zu befürchten, dass es wieder mal ein rhetorisch aufgebauschtes Schrittlchen bleiben wird. Das ist schlecht für die Kinder und Jugendlichen in diesem Land, für die kommende Generation und es ist eine Benachteiligung derer, die sowieso schon #unten stehen. Eigentlich ist das Startchancen-Programm im Kern ein Skandal: entgegen allen besseren Wissens gut gemeint und schlecht gemacht.



Sternbrücke vom Abriss bedroht! (Foto: H. Sudmann)

## Sternbrücke:

# Sofortvollzug stoppen, Neuplanung endlich starten

Von Heike Sudmann

Seit April 2020 läuft das Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Sternbrücke. Anfang 2023 wollten die zuständigen Behörden und die Deutsche Bahn (DB) den Planfeststellungsbeschluss veröffentlichen (s.a. Schriftliche Kleine Anfrage der Linksfraktion, [Drucksache 22/8667](#), vom 28.6.2022, Fragen 5-7, 15). Sie brauchten ein Jahr länger dafür, war wohl viel zu tun. Am 16. Februar 2024 wurde nun der Beschluss veröffentlicht. Gleichzeitig wurde verkündet, dass umgehend mit Abriss- und Baumfällarbeiten begonnen werden soll. Um das zu verhindern, müssten Betroffene einen Antrag stellen, der den sofortigen Vollzug stoppt. So ein Antrag erfordert aber eine gewissenhafte Durchsicht der Unterlagen und des Planfeststellungsbeschlusses. Woran die DB und die Behörden jahrelang gearbeitet haben, kann nicht innerhalb von wenigen Tagen durchgesehen und geprüft werden. Anstatt den Betroffenen und ihren Anwält\*innen eine Frist von min-

destens vier Wochen für die Prüfung zuzugestehen, wollen die DB und der Senat schnell Fakten schaffen. Das ist ein schäbiger Umgang mit Betroffenen!

Ob überhaupt ausreichend Bundesmittel für die geplante Monsterbrücke zur Verfügung stehen, ist unklar. Bis heute liegt keine aktuelle Straßenverkehrsplanung vor und somit auch kein Nachweis, dass diese Monsterbrücke erforderlich ist. Das sind genug Gründe, endlich mit einer Neuplanung zu beginnen statt mit Bagger und Brechstange eine Fehlplanung umzusetzen.

Die Erklärung der Initiative Sternbrücke findet sich hier: Auch finanzielle Unterstützung kann der Initiative und den Betroffenen helfen.







Auf der Max Brauer Allee morgens um halb Sieben (Foto: M. Joho)



### Sternbrückenzeit

Mit großer Trauer blicken wir zurück auf einen Mikrokosmos, der implodiert ist. Zahlreiche Clubs und Gewerbebetriebe – alles Geschichte. Ein Mikrokosmos, der vielleicht nicht der Allerschönste dieser Stadt war, aber in seiner Art einzig. Eine Insel, die einst verlassen wurde und aus der ein subkulturelles Eiland entstand. Die Stadt, die Bahn und gewinnorientierte Hauseigentümer\*innen haben diesen Ort bewusst verfallen lassen. Sie haben kein Anrecht mehr auf diesen Ort und auf das, was sie mit ihm und seiner Umgebung vorhaben [...]

Die alte Sternbrücke strahlte, eine neue wird nur Schatten werfen.

#### FREUNDESKREIS STERNBRÜCKE

#### STERNBRÜCKE BLEIBT!

*Mit diesen über das Netzwerk Recht auf Stadt verbreiteten Worten verabschiedeten sich die Unterstützer\*innen der Initiativen am 17. Februar von den Clubs rund um die Sternbrücke. Den kompletten Text gibt es sicher bald auf der o.a. Website.*

## Letzte Meldung

### Von Heike Sudmann

Montag, 19. Februar, 6.30 Uhr: Rund 200 Hamburger\*innen sind dem Aufruf der Initiative Sternbrücke gefolgt und haben ihren Protest gegen den angekündigten Beginn der Arbeiten zum Abriss der Sternbrücke – die Fällung von Bäumen – kundgetan. Da haben die Deutsche Bahn und die Behörden vier Jahre gebraucht, um den Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der Sternbrücke fertigzustellen. Der 351-seitige Beschluss (plus noch mehr Planungsunterlagen) wurde am Freitag, den 16. Februar, veröffentlicht. Mit sofortiger Vollziehbarkeit, wie es im schönsten Amtsdeutsch heißt, Klagen hätten keine aufschiebende Wirkung. Anwohner\*innen und Betroffenen soll keine Zeit für rechtliche Gegenmaßnahmen

(Antrag auf Aufhebung der sofortigen Vollziehung z.B.) gegeben werden, ein echt schäbiges Verhalten der Behörden. Wenigstens vier Wochen Zeit muss den Betroffenen und ihren Anwält\*innen eingeräumt werden, damit sie die zig hundert Seiten durchsehen und auf Fehler prüfen können. DIE LINKE hat auch einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Da wird sich zeigen, wie weit Rot-Grün von den Bürger\*innen – und auch von der Verkehrswende – entfernt ist.

Der Kampf um den Erhalt der Sternbrücke ist noch lange nicht zu Ende! Mehr in der »Taz« ([taz.de/Sternbruecke-in-Hamburg-Altona/!5990248/](https://taz.de/Sternbruecke-in-Hamburg-Altona/!5990248/)).

### Pressemeldung der Initiative Sternbrücke vom 19.2.2024:

**Sternbrücke: Protest heute zeigt Wirkung. Bahn rückt von sofortigen Abrissen ab.**

**Bäume sollen dennoch gefällt werden.**

Nachdem heute an der Sternbrücke 200 bis 300 Menschen für einen Baustopp protestiert haben, **hat die Bahn überraschend die Aussagen vom Freitag korrigiert und verzichtet nun auf Abrisse von Gebäuden bis Mitte März.**

»**Unser Protest zeigt Wirkung. Ein großer Dank an alle unsere Unterstützer:innen in der Stadt und die Menschen, die heute morgen ab 6.30 Uhr an der Brücke protestiert haben**«, sagt Axel Bühler, Sprecher der Initiative Sternbrücke.

Bühler fährt fort: »**Der Aufschub der Abrissarbeiten ist ein erster Erfolg. Nun müssen wir dafür sorgen, dass auch die Bäume erhalten bleiben, bis das Gericht entschieden hat. Hier bleibt die Bahn noch bei ihrer ursprünglichen Planung. Wir bleiben dran.**«



# Elbtower: HCOB-Rücktritt ist ein weiterer Sargnagel

Von Heike Sudmann

Der »Kurze Olaf« ist immer für eine Überraschung gut. Am 14. Februar berichtete die »Hamburger Morgenpost«, dass die Hauptmieterin des Elbtowers, die Hamburg Commercial Bank (HCOB), von ihrem Vormietvertrag zurückgetreten sei. Das soll bereits Anfang Januar, also vor der Insolvenz der Elbtower-Gesellschaft, geschehen sein. Zur Erinnerung: Der Nachweis einer 30-prozentigen Vorvermietungsquote für die Büroflächen war aus Sicht von SPD und GRÜNEN ein probates Mittel, um sicherzustellen, dass der Elbtower auch wirklich gebaut wird.

Wenn die HCOB wirklich vom Vertrag zurückgetreten ist, ist das auch eine Ohrfeige für den Senat. Die Beteuerungen des Senats, einen supersicheren Vertrag mit der SIGNA Prime Selection AG und der Hamburg Elbtower Immobilien GmbH & Co. KG (beides Unternehmen im Imperium des René Benko) abgeschlossen zu haben, entpuppen sich als Luftnummer. Kein Wunder, weder Senat noch Bürgerschaft haben die Vorvermietungsverträge überhaupt gesehen.

Der Rückzug der HCOB wirft auch die Frage auf, wozu der Elbtower überhaupt weiter in die Höhe gebaut werden sollte. Die Nachfrage nach Büroflächen sinkt weiter, während Homeoffice immer angesagter ist. Deshalb kann der »Kurze Olaf« sein Wachstum einstellen.

Deckel drauf und gut ist.



Der standfeste »Kurze Olaf« im Januar 2024 (Foto: H. Sudmann)



## Tipps und Termine

Trump und der AfD ist das ja egal, aber uns macht diese – beispielhafte – Meldung aus dem Berliner »Tagespiegel« vom 23. Januar schon zu schaffen: »**Es war so warm wie noch nie**«, schreibt der Journalist Patrick Eickemeier, »wahrscheinlich seit 100.000 Jahren und sicher seit die menschliche Zivilisation existiert. Nicht ununterbrochen und nicht überall, aber global und im Jahresdurchschnitt. Die Temperaturkurve des Jahres 2023 verläuft oberhalb des bisher Gemessenen, oberhalb des Erwarteten und oberhalb des wissenschaftlichen Erklärbaren« ([www.tagesspiegel.de/wissen/unfassbare-temperaturen-2023-war-kein-warmstes-jahr-wie-jedes-andere-11067010.html](http://www.tagesspiegel.de/wissen/unfassbare-temperaturen-2023-war-kein-warmstes-jahr-wie-jedes-andere-11067010.html)). Am 17. Februar erschreckte die **Meldung über ein Ausfallen des Golfstroms** als »Wärmespender« für Europa vermutlich nicht nur die Landwirtschaft: [www.agrarheute.com/pflanze/trocken-kalt-landwirtschaft-hats-schwer-golfstrom-kipt-616597](http://www.agrarheute.com/pflanze/trocken-kalt-landwirtschaft-hats-schwer-golfstrom-kipt-616597).



Die AfD hätte es ja gerne weg: die am 19. März 2021 auf der Mönckebergstraße aufgetragene Parole »Wir alle für 1,5 Grad« (Foto: M. Joho)

»Die **5 reichsten Männer haben ihr Vermögen seit 2020 verdoppelt**«, meldete am 16. Januar Oxfam, eine der weltweit größten Nothilfe- und Entwicklungsorganisationen mit erheblichem Aufklärungspotenzial. »Gleichzeitig sind **weltweit 5 Milliarden Menschen ärmer** geworden«. Hier noch ein bisschen mehr kluger O-Ton: »Oxfam fordert die Regierungen auf, die Kluft zwischen den Superreichen und dem Rest der Gesellschaft schnell zu verringern: Sie müssen große Vermögen und Übergewinne dauerhaft besteuern. Eine Vermögenssteuer für die Multi-Millionäre und Milliardär\*innen der Welt könnte jährlich wichtige Finanzmittel für das Gemeinwohl generieren. Oxfam schlägt folgendes **Steuer-Modell** vor: Zwei Prozent auf Vermögen von über fünf Millionen US-Dollar, drei Prozent auf Vermögen von über

50 Millionen US-Dollar und fünf Prozent für Vermögen, die eine Milliarde US-Dollar übersteigen. **Allein in Deutschland könnten so nach Oxfam-Schätzungen 93,6 Milliarden US-Dollar pro Jahr generiert werden.** In Deutschland müssten nur etwas mehr als 200.000 Menschen die Abgabe entrichten, das sind gerade einmal 0,24 Prozent der Bevölkerung« (<https://www.oxfam.de/presse/pressemittelungen/2024-01-15-oxfam-bericht-sozialen-ungleichheit-0>).



Aus dem im Januar vorgelegten Oxfam-Bericht zur sozialen Ungleichheit, S. 10 ([www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf](http://www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf))

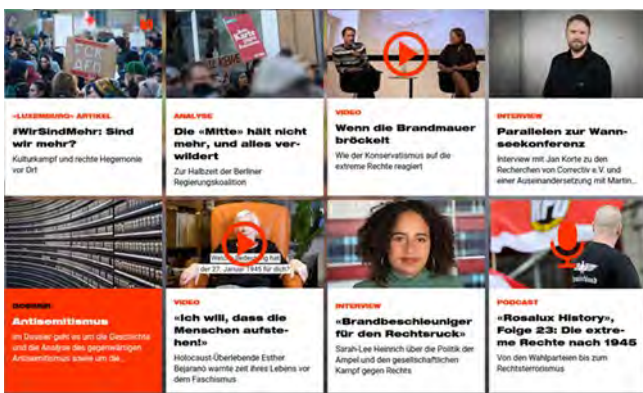
Mit dem Wert von insgesamt **12,2 Milliarden Euro** hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr **so viel Rüstungsexportgenehmigungen wie niemals zuvor** erteilt, wie das Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck Anfang Januar mitteilte. 2021 waren es 9,4 Milliarden, 2022 dann sogar »nur« noch 8,4 Milliarden Euro, vielleicht die Auswirkung einer von der Ampel in ihrem Koalitionsvertrag angekündigten »restriktiven Rüstungsexportpolitik«. Insbesondere die GRÜNEN hatten darauf gedrängt, keine Waffen mehr in Kriegs- und Krisengebiete zu liefern. Dieses Versprechen ist nun durch den Überfall Russlands auf die Ukraine völlig in den Hintergrund getreten: 2,3 Milliarden gingen 2022, 4,4 Milliarden Euro 2023 an das osteuropäische Nachbarland. »In der Rüstungsindustrie knallen die Sektorkorke«, meinte lapidar Jürgen Grässlin, ein Sprecher der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« ([Frankfurter Rundschau](http://FrankfurterRundschau), online vom 4.1.2024).

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (**RLS**) setzt nicht erst seit gestern einen Schwerpunkt auf den Kampf gegen Rechts, hat aber die Vermittlung von Fakten, Anregungen und Dokumentationen beträchtlich verstärkt. Im Februar-Newsletter beispielsweise gibt es aktuelle Einschätzungen zu den **Auswirkungen des zivilgesellschaftlichen Aufbruchs**, an dem sich in den letzten



Wochen mehr als eine Million Menschen auf den bundesdeutschen Straßen beteiligt haben. Empfohlen sei bezüglich des Newsletters auch eine kritische **Halbzeitbilanz der amtierenden Bundesregierung** von Alban Werner. Guckst du [hier](#).

Überhaupt hat die **RLS** eine ständig wachsende **Website** eingerichtet, auf der alle möglichen **Beiträge gegen die Rechtsextremisten und Demokratiefeind\*innen** auf einen Blick abgerufen werden können. Die Palette reicht da von einem Podcast mit Esther Bejarano über eine Dokumentation rechter Gewalt bis hin zu strategischen Überlegungen im Kampf gegen die Reaktion.



Ausschnitt aus der Thema-Website [Gegen Rechts](#)

Der **Rechtsextremismus in Gestalt der AfD** gerät auch in Hamburg zunehmend unter Druck. Dazu gehören immer neue Enthüllungen über entsprechende Positionen, Aktivitäten und Verbindungen, sodass die **Forderung nach einem Verbot** dieser Partei auch die Bürgerschaft erreicht hat. Während SPD und GRÜNE die Prüfung eines Verfahrens erwägen und die LINKE ein Verbot zusätzlich zu anderen Aktivitäten fordert, setzen CDU und FDP auf die inhaltliche Auseinandersetzung. Einen guten Überblick über die Haltung der Parteien gab es in der »Hamburger Morgenpost« online vom 14. Januar (<https://www.mopo.de/hamburg/die-geteilte-buergerschaft-wer-ein-afd-verbot-will-und-wer-nicht/>).

Wer sich mal aber so richtig daran erfreuen möchte, wie die AfD im Bundestag abgewatscht wird, die/der sollte sich eine **Rede von Heidi Reichinnek** anhören, nein, anschauen. Nehmen wir die vom 23. Juni 2023, als sich die **Abgeordnete der LINKEN mit einem Anti-Gender-Antrag der AfD auseinandersetzte** (<https://bildung.social/@empathroet/110593927096520919>). Seit 2021 ist sie im Bundestag vertreten. 1988 in Merseburg geboren und in Obhausen in Sachsen-Anhalt aufgewach-

sen hat sie auf TikTok – einer Domäne der AfD – fast achtmal so viele Follower\*innen als Friedrich Merz und mehr Likes als Alice Weidel und Sahra Wagenknecht, wie die »Tagesschau« unter der schönen Überschrift »Politikerin mit Reichweite« am 16. Februar meldete ([www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tiktok-reichinnek-linke-100.html](http://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/tiktok-reichinnek-linke-100.html)).



Von der [Homepage](#) der Links-Abgeordneten Heidi Reichinnek

In dem großen Zusammenhang sei auch noch erwähnt, dass der von der AfD mitgeprägte Begriff **Remigration** Mitte Januar zum **Unwort des Jahres 2023** auserkoren worden ist. Dieses sei von rechten Gruppierungen »zu einem Euphemismus für die Forderung nach Zwangsausweisung bis hin zu Massendeportationen von Menschen mit Migrationsgeschichte geworden«, so die mehrheitlich von Sprachwissenschaftler\*innen besetzte Jury (<https://www.mopo.de/news/politik-wirtschaft/remigration-ist-das-unwort-des-jahres-2023/>).

Werfen wir auch noch einen kurzen Blick auf den aktuellen Umgang mit Geflüchteten in Hamburg: Laut Angaben der Innenbehörde sind in **2023 rund 1.500 Menschen abgeschoben** worden, 50 Prozent mehr als im Jahr davor und so viele wie seit 2016 nicht mehr (NDR, vom 18.1.2024). **Hamburg rühmt sich gerade, das erste Bundesland zu sein**, das soeben die Bezahlkarte für Geflüchtete eingeführt hat. Die sogenannte **SocialCard** – heiliger Euphemismus – hat zur Folge, dass Asylsuchende in Erstaufnahmeeinrichtungen zukünftig ihre monatlichen 185 Euro für den täglichen Bedarf nicht mehr als Bargeld erhalten, sondern nur noch als Überweisung auf ein Konto, von dem dann nichts abgehoben, sondern eben nur abgebucht werden kann. Die Sozialbehörde wolle damit Zahlungen an »kriminelle Schleppernetzwerke« verhindern, kann aber auf Nachfrage von »Hinz&Kunzt« dafür gar keine Beweise vorlegen. »Abschreckung à la carte« nennt das Straßen-

magazin diesen Akt (Pressemeldung vom 16.2.2024). Für die **2.510 Menschen, die im vergangenen Jahr auf ihrer Flucht im Mittelmeer ertrunken sind oder vermisst werden**, kann Hamburg ja nichts, es liegt schließlich nahe der Nord- und Ostsee. Wen's trotzdem interessiert, liest im »Freitag« vom 21. Dezember 2023 nach.

»Die **größte Demo der Erwachsenenbildung seit langer Zeit** in Hamburg«, das hatte die GEW, namentlich Detlef Zunker, der Sprecher ihrer Fachgruppe Erwachsenenbildung, am 29. Januar auf die Beine gebracht. **Mehr als 300 Kolleg\*innen** demonstrierten von der Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN an der Burchardstraße zum Jungfernstieg gegenüber dem Parlamentsbüro der SPD. »Schluss mit prekär!« lautet die Parole, und es ging u.a. um die Forderungen nach einem Branchentarifvertrag für die Erwachsenenbildner\*innen und sozialer Absicherung der arbeitnehmer\*innenähnlichen Honorarkräfte auch im Krankheitsfalle. Mehr unter [www.gew-hamburg.de/mitmachen/fachgruppen/erwachsenenbildung](http://www.gew-hamburg.de/mitmachen/fachgruppen/erwachsenenbildung).

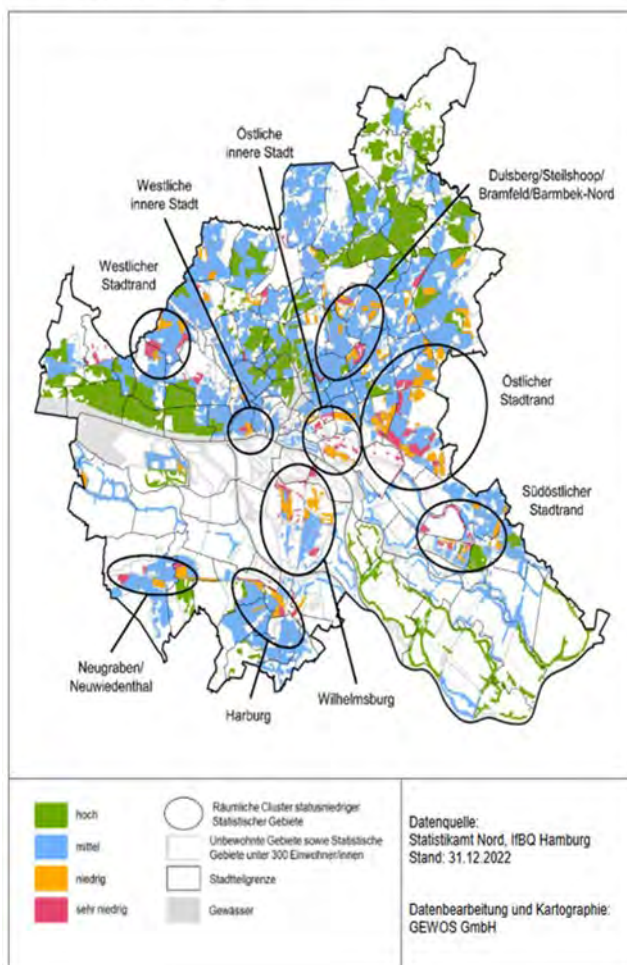


Protest der Erwachsenenpädagog\*innen vor der Parteizentrale der GRÜNEN (Foto: M. Joho)

Am 22. Januar hat die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (**BSW**) ihren **Sozialmonitoring-Bericht Hamburg 2023** vorgelegt. Mit Stichtag 31. Dezember 2022 werden auf 32 Seiten allerlei Daten ausgebreitet, deren Inhalt – und Hauptzweck? – vor allem in dem Nachweis zu bestehen scheint, in Hamburg gäbe es so etwas wie Segregation schlimmstenfalls noch in schnell abnehmendem Maße. So auch Senatorin Pein in ihrer Einleitung: »Hamburgs jüngster Sozialmonitoring-Bericht zeigt im Detail unter anderem, dass es in der Hansestadt weiterhin keine Zunahme einer sozialräumlichen Polarisierung gibt. Mehr noch, im Vergleich zum Vorjahr haben mehr Statistische Gebiete ihren Status verbes-

sern können. Nahezu die Hälfte dieser Verbesserungen betrifft Statistische Gebiete mit ehemals sehr niedrigem Status. Konkret ist in den RISE-Fördergebieten der Anteil Statistischer Gebiete mit sehr niedrigem Status von 31,3% im vorangegangenen Berichtsjahr auf 23,8% im aktuellen Berichtsjahr rückläufig.« Also alles gut und immer besser? Seltsam genug, dass die jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes für Hamburg eine Erhöhung der Armut(sgefährdungs)quote von 18,9% (2020) auf 20% (2022) auswiesen, während der Bundestrend eher nach unten ging.

Karte 2: Sozialmonitoring-Bericht 2023: Räumliche Cluster statusniedriger Statistischer Gebiete



Aus dem aktuellen Sozialmonitoring-Bericht, S. 21

Und wo wir gerade bei noch recht frischen **Materialien der BSW** sind, der Vollständigkeit halber auch (noch mal) dieses. Nämlich zwei ihrer wichtigsten, regelmäßig publizierten Schriften sind in den vergangenen Monaten erschienen: im Oktober 2023 der neue **Wohnungsbaubericht Hamburg 2022** und am 12. Dezember 2023 der **Hamburger Mietenspiegel 2023**.





[Wohnungsbaubericht Hamburg 2022](#)



[Link zum Hamburger Mietenspiegel 2023](#)

**Immer weniger Neubauten – die schwierige Lage auf dem Wohnungsmarkt:** Darum ging es in einer interessanten **Hörfunksendung** des Deutschlandfunks am 14. Februar. Gut 70 Minuten diskutieren Expert\*innen über die aktuellen Verwerfungen auf dem Wohnungsmarkt, machen aber auch allerlei Vorschläge zur Lösung oder wenigstens zur Entlastung der Wohnungskrise. Mit dabei: Dr. Andrej Holm (Humboldt-Universität Berlin, Stadt- und Regionalsoziologie), Lukas Siebenkotten (Präsident Deutscher Mieterbund e.V.), Axel Gedaschko, (Präsident GdW – Bundesverband der deutschen Wohnungs- und Immobilienunternehmen) und Elisabeth Kaiser (Staatssekretärin im Bauministerium). Und das Ganze gibt es zum Nachhören [hier](#).

Nicht nur der Elbtower gerät ins Wanken, zuletzt noch, weil die Ankermieterin, die Hamburg Commercial Bank (HCOB), vom Mietvertrag zurückgetreten ist. Die ganze Bürobranche durchlebt gegenwärtig einen nachhaltigen Wandel, wie das »Hamburger Abendblatt« in einem ausführlichen [Artikel](#) am 10. Januar ausführte. Der Hintergrund dafür: Die **Nachfrage nach Büroraum ist eingebrochen**, von einem Gesamtflächenumsatz von


**595.000 Quadratmetern in 2022 auf 450.000 Quadratmeter im vergangenen Jahr.** Immer mehr Unternehmen reduzieren ihre Fläche, weil Homeoffice, mobiles Arbeiten und Desksharing eine wachsende Rolle spielen. Dementsprechend ist der **Leerstand von Büroraum angewachsen, im letzten Jahr um 17% auf 657.000 Quadratmeter**; die Leerstandsquote liegt damit bei mittlerweile wieder 4,6%. Absurd, die Wohnungsmieten explodieren, während gleichzeitig die Büromieten sinken, in 2023 um minus 1,9% auf 20,60 Euro je Quadratmeter. Wir hätten da eine Idee ...

Auch wenn's den ADAC ärgert, anderswo breitet sich eine nicht nur klammheimliche Freude über eine Volksbefragung der **Pariser Bevölkerung** aus: Am 4. Februar votierten 54,55% der Abstimmenden in der französischen Metropole dafür, das **Parken von SUV-Fahrzeugen deutlich teurer zu machen, nämlich von 6 auf 18 Euro pro Stunde**. 30% der in Deutschland im vergangenen Jahr neu zugelassenen Autos waren SUVs, immer breitere, schwerere Autos mit einem immensen Energieverbrauch, also in Zeiten der Klimakatastrophe wahrlich aus der Zeit gefallene Dinokarossen. Für den



## Möblierte Wohnungen sind am teuersten in Berlin

Anteil und Quadratmeterpreise möblierter Wohnungen in Q4 2023.



De/Stadt	Anteil möblierter Wohnungen am Gesamtangebot	Quadratmeterpreis möbliert	Quadratmeterpreis unmöbliert	Preis-differenz
Deutschland gesamt	11%	€ 17,60	€ 12,18	€ 5,43
Berlin	35%	€ 36,82	€ 19,12	€ 17,70
München	30%	€ 33,28	€ 24,53	€ 8,75
Frankfurt am Main	41%	€ 32,45	€ 23,46	€ 8,99
Köln	19%	€ 26,85	€ 16,63	€ 10,21
Hamburg	15%	€ 26,10	€ 17,14	€ 8,96

Von der [Homepage](#) des Portals Immoscout 24

ADAC sind die neuen, ab September in Kraft tretenden Parkgebühren für Besucher\*innen und Tourist\*innen einfach nur »unfair« ([www.adac.de/news/paris-suv-parken-teurer/](http://www.adac.de/news/paris-suv-parken-teurer/)). Wir können das verschmerzen.

Rund **15 Prozent beträgt der Anteil möblierter Wohnungen am derzeitigen Marktangebot in Hamburg**. Zu diesem Ergebnis kommt eine **Studie** des Portals **Immoscout24** vom 25. Januar 2024. Damit liegt es zwar unter den anderen vier deutschen Metropolen, aber immer noch einige Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Schnitt. Laut Immoscout24 lagen die

Angebotsmieten an der Elbe im vierten Quartal 2023 mit 26,10 Euro um satte 8,96 Euro pro Quadratmeter höher als unmöblierte Wohnungen. Dr. Gesa Crockford, die Geschäftsführerin des Immobilienportals warnt vor der »rechtlichen Grauzone« bei den möblierten Wohnungen und meint: »Vor dem Hintergrund der angespannten Lage im Mietmarkt sind diese Schlupflöcher besorgniserregend. Denn es entstehen Wohnungen, die für einen Großteil der Menschen nicht erschwinglich sind.« (Siehe obige Grafik).

Am **Donnerstag, den 22. Februar**, tagt im »Hotel Hafen Hamburg« (Seewartenstraße 9) das **10. Deutsche Immobilienforum**. Das Motto dieser exklusiven Tagung lautet allzu deutlich: Wir wollen unter uns bleiben! Die Teilnahme kostet schließlich nur schlappe 1.595 Euro (plus Mehrwertsteuer), was die Herren und Damen aus der Immobilienbranche aus der Portokasse zahlen. Auch das Motto der Tagung verspricht nichts Gutes: Denn die »Zukunftsperspektiven für den Immobilienmarkt Hamburg« stehen bekanntlich den Interessen hunderttausender Mieter\*innenhaushalte so ziemlich entgegen. Ein guter Grund also für die **Volksinitiative Hamburg enteignet**, für den 22. Februar zu einer **Kundgebung vor dem Tagungsort** aufzurufen.

**Stoppt das Töten in der Ukraine – Für Waffenstillstand und Verhandlungen!** So lautet das Motto der Kundgebung des Hamburger Bündnisses gegen Militarismus und Krieg, die am Samstag, den 24. Februar, um 14.00 Uhr am Bahnhof Altona (auf der Seite Otenser Hauptstraße) stattfindet. Auf der Veranstaltung





Außenalster-Protest gegen das Immobilienforum am 13. Juni 2022  
(Foto: M. Joho)

anlässlich des 2. Jahrestages des russischen Überfalls auf die Ukraine sprechen die Bundesvorsitzende der VVN-BdA Cornelia Kerth und der Bürgerschaftsabgeordnete der LINKEN David Stoop. »Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit«, heißt es im Kundgebungsaufruf. »Wir verurteilen den seit nunmehr zwei Jahren andauernden, völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine. Der Krieg hat seit dem 24. Februar 2022 zu hunderttausenden Toten und Verletzten sowie Millionen Geflüchteten geführt – jeder Tag, den der Krieg dauert, führt zu noch mehr Leid.« Der Aufruf steht [hier](#) in Gänze.



Schon mal mittelfristig sei angekündigt, dass das bundesweite **Netzwerk Mieten & Wohnen seine 7. Konferenz vom 19. bis 20. April in Hamburg**, genauer im Millerntorstadion (Harald-Stender-Platz 1) durchführen wird. Großer Bahnhof in unserer Stadt also! Das Motto lautet dieses Mal **Bestandsentwicklung jetzt – für ein Umdenken in der Wohnraumversorgung**. Aufgegriffen wird damit die sich seit Längerem herauskristallisierende Erkenntnis, dass das vor allem von Olaf Scholz und der SPD propagierte Mantra vom »bauen, bauen, bauen« keine Lösung der sozialen Wohnungskrise sein kann. Näheres und das bereits vorliegende Programm gibts [hier](#). Auf der Homepage des Netzwerks finden sich auch die Dokumentationen bzw. Protokolle aller vorausgegangenen sechs Konferenzen seit 2015.

Am 8. März wird wieder der seit 1911 stattfindende und seit 1921 auf eben diesen Tag festgelegte **Internationale Frauentag** begangen. Mehrere Veranstaltungen sind geplant, hier sei nur auf zwei hingewiesen. Ein **WarmUp zum Internationalen Frauentag** hat sich der **DGB** für **Donnerstag, den 7. März**, um 18.00 Uhr im Musiksaal des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 57a) vorgenommen. »Wir laden die Frauen\* unserer Stadt zu einem feministischen Abend ein – zum Begegnen, Kennenlernen, Vernetzen, Diskutieren, gemeinsam Essen, Lachen und Pläne schmieden!«, heißt es auf der [Homepage der Hamburger Gewerkschaften](#). Grußworte kommen von Tanja Chawla (DGB), Katharina Fegebank (Zweite Bürgermeisterin & Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung) sowie Bedra Duric (IG BAU & Vizepräsidentin Arbeitnehmende Handwerkskammer). »Unser Abend dreht sich inhaltlich in diesem Jahr besonders um Themen von Frauen\* mit Migrationsgeschichte.« Die Teilnahme ist kostenfrei, eine persönliche Anmeldung muss bis zum 23. Februar an [hamburg@dgb.de](mailto:hamburg@dgb.de) erfolgen.

Um internationale Zusammenhänge geht es auch auf dem diesjährigen **Women's March am Freitag, den 8. März**, 15.00 Uhr ab Gänsemarkt (Abschlusskundgebung 17.30 Uhr Jungfernstieg). Durchgeführt wird die Demonstration von der 2011 gegründeten Initiative [International Women in Power \(IWP\)](#), die jährlich einen Frauenmarsch zum 8. März durchführt, um – so der O-Ton – »für universelle Frauen- und Mädchenrechte, Gleichberechtigung und die berufliche Chancengleichheit von Frau und Mann zu demonstrieren.«





# Senat unbelehrbar Privatisierung des Hafens stoppen!

Von Dr. Jürgen Bönig, Technikhistoriker

Mitte Februar 2024 legte der Senat eine Mitteilung vor über den Verkauf einer starken Minderheit der »Hamburger Hafen- und Logistik AG« (HHLA) an die weltgrößte Reederei der Welt Mediterranean Shipping Company »MSC« auf Grundlage eines Angebots an die HHLA-Aktionäre, die von drei SPD-Senatorinnen Mitte September 2023 ohne Auftrag und Sachkenntnis ausgehandelt worden war. Die Informationen des Senats über die Vereinbarungen, denen die Bürgerschaft noch vor der Sommerpause zustimmen soll, bestätigen alle Befürchtungen, die in den Protesten bei Vertragsabschluss und bei der Anhörung des Wirtschaftsausschusses über den Hafenentwicklungsplan 2040 zum Ausdruck kamen: Der Senat hatte den Verkauf der Gestaltungsmacht über drei der vier Containerterminals des Hamburger Hafens vorher nicht beschlossen, der Hafenentwicklungsplan, der bis 2040 gelten soll, musste zwei Monate nach seiner Vorlage um Passagen über Mehrheitsbeteiligungen ergänzt und das leichtfertige Einbringen des Grundgeschäfts von Speicherstadt und Fischmarkt in den MSC-Deal durch Trennung von Umschlagsgeschäft und Grundstücksbewirtschaftung notdürftig geflickt werden.

Im Grundsatz des Verkaufs des Gestaltungseinflusses über die Umschlaganlagen im Hafen an nur eine Reederei bleibt der Senat aber unbelehrbar. Außer blumigen Versprechungen, dass es immer gut sei, wenn der vermutet dickste Geldsack einen kauft, um in irgendetwas zu investieren, findet sich nichts in der Drucksache 22/14401 vom 13. Februar 2024 über die wirtschaftlichen und städtischen Interessen am Hamburger Hafen und deren Gegensatz. Dabei hat die Debatte um den MSC-Deal eindeutig ergeben, dass das Vorgehen des Senats

- von keinerlei Kenntnis weltwirtschaftlicher Zusammenhänge zeugt,
- von einer Zunahme des Containerschiffverkehrs ausgeht, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht zu erwarten ist, und
- traumgesteuert davon ausgeht, diese Warenströme würden über den Hamburger Hafen laufen, obwohl erkennbar andere Schifffahrtsrouten und Häfen angelaufen werden durch den Ausbau von Wasserstraßen im Mittelmeer und Ostsee.

Es bleibt auch ein Geheimnis des Senats, wie Investitionen in Umschlaganlagen, die einzig dem Hamburger Hafenmonopolisten MSC Kosten sparen auf dem Rücken der Belegschaften, zur Vermehrung des Containerumschlages im Hamburger Hafen führen sollen und Umdisponierungen der Konkurrenzreedereien nicht zu weniger Anlandung und Umschlag in Hamburg. Nicht zur Kenntnis nimmt die Hamburger Regierung, dass die Riesencontainerschiffe, auf die MSC setzt und für deren Fahrt nach Hamburg das Wahrzeichen und Baudenkmal Köhlbrandbrücke abgerissen und durch teure höhere Brü-



Die Reederei MSC mit Sitz in Genf ist schon da (Foto: M. Joho)

cken und noch teurere Tunnel ersetzt werden soll, das stadtnahe Elbrevier, Natur und Freizeitnutzungen zerstören werden. Die Entscheidung des Zusammenschlusses von HAPAG und Maersk, nur noch zwölf Häfen in der Welt mit 20.000 TEU-Schiffen anzulaufen, hätte die SPD-GRÜNE-Regierung Hamburgs zum Umdenken zwingen müssen, ganz abgesehen davon, dass die Entscheidungen über die letzten Elbvertiefungen auf Modellberechnungen beruhten, die sich durchgehend als unzutreffend und unzureichend erwiesen haben.

Ein Aspekt der jetzigen Vorlage sollte alle alarmieren, die an einer rationalen Debatte und Entscheidung um den Hamburger Hafen interessiert sind: Die wichtigsten Verträge dieser Strategischen Partnerschaft wie Investitionsvereinbarung, Aktionärsvereinbarung und Zusammenschlussvereinbarung sollen nur die Aktionäre der HHLA kennen dürfen, aber den Abgeordneten nur in einem Datenraum begrenzt zugänglich gemacht werden. Als hätte der Senat nichts aus dem Konkurs von René Benko gelernt, will er Vereinbarungen mit MSC nicht der Prüfung durch die Öffentlichkeit zugänglich machen und vertraut blind einem Familienunternehmen, das noch nie eine Bilanz veröffentlichten musste. Die Privatisierung der Gestaltungsmacht über den Hamburger Hafen wird vom Senat dazu benutzt, eigene Entscheidungen intransparent zu machen mit dem Verweis auf Geschäftsgeheimnisse einer Privatgesellschaft, hinter deren gewinnorientierten Entscheidungen sich die Regierung verstecken will.

Die Begünstigung des Monopols einer Reederei, der MSC, an den HHLA-Anlagen in Hamburg und der Metrans wird auf abenteuerliche Weise begründet: Die Durchführung eines offenen Bieterverfahrens für den Verkauf von 49,9% der HHLA-Aktien sei rechtlich nicht erforderlich und nicht geboten gewesen - weil es zu Börsen-Spekulationen mit den A-Aktien der HHLA geführt hätte. Wir verstehen, der Senat musste Hamburg davor bewahren, mit den abgegebenen Aktien zu viel Geld zu verdienen und MSC davor, aus seinen angeblich 63 Milliarden Euro freien Mitteln mehr als 225 Millio-



**EIN HAFEN FÜR ALLE,  
ALLE FÜR DEN HAFEN –  
Bündnis HHLA-Verkauf stoppen!**



**Fragen & Antworten  
zum MSC-Deal**

**Sozialismus.de** Supplement zu Heft 1/2024

**Jürgen Bönig**  
**Hamburger Hafen  
zu verkaufen**



**Die Interessen von MSC sind nicht die  
der Stadt und der Hafen-Beschäftigten**

Zwei aktuelle Publikationen zum HHLA-Verkauf, Downloads unter <http://rettetdenhafen.de/>

nen Euro an die Hansestadt abzugeben. Wenn etwas Begünstigung privater Anbieter ist, denen man den Vorteil eines Monopols der Handhabung an drei der vier Terminals vor anderen Reedereien verschafft, dann ist es diese Fürsorge des Bürgermeisters für die Privaten, die er schon bei der Rückerstattung nicht gezahlter Steuern an die Warburg Bank beim Cum-Ex-Skandal bewiesen hat.

Was lernen wir aus den Veränderungen der Drucksache gegenüber dem ursprünglichen Angebot an die Aktionäre, deren wichtigste Teile (die Verpflichtungen von MSC, wenn die Versprechungen von 1 Million TEU mehr in Hamburg nicht eintreten) wir nicht erfahren sollen: Privatisierung städtischer Verfügungsmacht – sei es über Krankenhäuser, Versorgungsnetze oder Containerterminals, hat noch nie genützt, sondern immer geschadet, den Bürger\*innen der Stadt und den Beschäftigten.

Pressemeldungen lassen darauf schließen, dass diesem verheerenden Schritt der Abgabe an für die Zukunft wichtiger staatlicher Gestaltungsmacht im Herzen des Hamburger Hafens die dümmsten Gründe zugrunde liegen: dass der Senat nämlich den von ihm bestellten Vorstand der HHLA nicht in seinen Griff bekommen hat, weil der offenbar zu nachhaltig sachverständig war in Bezug auf sinnvolle und sinnlose Investitionen in den Hamburger Hafenumschlag. Verhindern wir, dass der Hamburger Senat ein falsches Ziel setzt: die Stei-

gerung des Containerumschlags im Hamburger Hafen mit falschen Mitteln, den Verkauf an MSC – auf schlechte Weise – mit dürrtigen Verträgen und Verpflichtungen und dabei die Kooperation der Häfen torpediert und das Elbfahrwasser für Zwecke des Gewerbes, des Personentarnsports und des Freizeitens zugrunde richtet.



Auf der HHLA-Kundgebung am 11. November 2023 (Fotocredit: Linksfraktion Hamburg)

## Die wichtigsten Argumente gegen den MSC-Deal, zusammengefasst vom »Bündnis HHLA-Verkauf stoppen«

Aus folgenden Gründen sind wir gegen einen Verkauf von HHLA-Anteilen an die Großreederei MSC:

**Die Erfahrungen mit Privatisierung sind schlecht**  
Asklepios, der Primo-Deal mit dem Rückkauf der Finanzbehörde und dem Bezirksamt Wandsbek, sowie die HEW mit dem Rückkauf der Netze zeigen: Privatisierungen waren immer zum Nachteil der Hamburger:innen.

### Der Deal mit MSC verhindert eine Norddeutsche Hafenkooperation

Ein Verkauf der HHLA behindert eine gemeinsame Koordinierung des Containerverkehrs zwischen deutschen Häfen im Interesse der Beschäftigten, des Klimaschutzes und der Gemeinwohlorientierung.

**MSC interessiert sich für Profite, nicht für Hamburg**  
MSC ist ein Konzern, der Profite machen will. Löhne werden nach Möglichkeit gedrückt, Kosten gesenkt und Preise in die Höhe getrieben. Die Interessen der Hamburger Bevölkerung spielen dabei keine Rolle.

### Der HHLA Verkauf geht zulasten der Beschäftigten und der betrieblichen Mitbestimmung

Angeblich erfolgt der Verkauf der HHLA auch, um Beschäftigung im Hafen zu sichern. MSC ist jedoch für schlechte Arbeitsbedingungen bekannt. Die bisherigen Zusagen zur Beschäftigungssicherung sind unverbindlich.

### Die HHLA wird unter Wert verkauft

Der Verkauf der HHLA-Anteile erfolgt zu einem Zeitpunkt, als der Kurs niedrig steht. Das öffentliche Eigentum wird damit unter Wert verscherbelt.



### Hamburg entgehen wichtige Einnahmen

Die HHLA hat in den vergangenen zehn Jahren Millionen Euro an die städtische Gesellschaft HGV abgeführt und damit die öffentlichen Unternehmen der Stadt gestärkt. Von diesen Zahlungen wird zukünftig MSC profitieren.

## Weitere vertiefende Dokumente:

- **Bürgerschafts-Drucksache 22/14401 vom 13.2.2024:** [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86449/strategische\\_partnerschaft\\_zwischen\\_der\\_freien\\_und\\_hansestadt\\_hamburg\\_fhh\\_der\\_hgv\\_hamburger\\_gesellschaft\\_fuer\\_vermoegens\\_und\\_beteiligungsmanagement\\_mb.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86449/strategische_partnerschaft_zwischen_der_freien_und_hansestadt_hamburg_fhh_der_hgv_hamburger_gesellschaft_fuer_vermoegens_und_beteiligungsmanagement_mb.pdf)
- **Anhörung über den »Hafenentwicklungsplan 2040« am 6.2.2024:** [https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86270/hafenentwicklungsplan\\_2040\\_kapitel\\_infrastruktur\\_und\\_ausbau.pdf](https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/86270/hafenentwicklungsplan_2040_kapitel_infrastruktur_und_ausbau.pdf)
- **Ein Hafen für alle, alle für den Hafen – Bündnis HHLA-Verkauf stoppen:** <http://rettetdenhafen.de/>
- **Die Position der Gewerkschaft ver.di:** <https://notruf-040.de/>



# Hamburg wählt: Ein gutes Leben für alle

Am 9. Juni 2024 finden die nächsten Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen statt, am selben Tag wie die Wahlen zum Europäischen Parlament. Bei den letzten Bezirkswahlen 2019 hatte DIE LINKE durchschnittlich 10,7 Prozent der abgegebenen Stimmen erzielen können. Wir werden angesichts der Großwetterlage und der Trennung der Wagenknecht-Fraktion sicher stark darum zu ringen haben, das gute Ergebnis zu halten.

Und haben uns vorgenommen, das Bezirkswahl-Rahmenprogramm der Hamburger LINKEN in drei aufeinander folgenden Bürger\*innenbriefen aufzunehmen. Einige Bezirksverbände der LINKEN haben das Programm noch um bezirkliche Positionen abgeändert bzw. erweitert. Wenn das im Detail interessiert, der/die schaut auf die [Websites](#) der einzelnen Bezirksorganisationen. Hier nun aber das [Bezirkswahl-Rahmenprogramm](#), 1. Teil.



## Unser Programm zu den Bezirksversammlungenwahlen am 9. Juni 2024 (1. Teil)

In Hamburg leben über 40.000 Millionär:innen, und zugleich ist jeder fünfte Haushalt armutsgefährdet. Diese Spaltung der Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren noch weiter verschärft und verstetigt. Die Kosten der Inflation werden auf Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen abgewälzt. Die Reallöhne sind kräftig gesunken, Armutsrenten dramatisch gestiegen und dagegen die Gewinne insbesondere der Großunternehmen stark angewachsen.

Der kapitalistische Markt hat an vielen Stellen bewiesen, dass er zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht löst, wie eine ausreichende Wohnungssituation, gute Gesundheitspolitik und eine nachhaltige Klimapolitik. Deshalb treten wir gegen jede weitere Privatisierung ein und fordern u.a. die Rekommunalisierung der Krankenhäuser und wichtiger städtischer Flächen.

Hamburg und seine Bezirke brauchen einen Weg aus der Mehrfachkrise der kapitalistischen Gesellschaft. Angesichts des Gesamtplanes des Hamburger Haushaltes für das Jahr 2024 von ca. 15,8 Mrd. Euro sind beispielsweise die geplanten 514 Mio. € für die Stadtbezirke viel zu wenig.

Dabei wäre für eine solide Finanzierung und Stärkung der Bezirke genug Geld da: Durch die Abschaffung der Schuldenbremse, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Besteuerung der Extraprofiten der Krisenprofiteur:innen, z.B. bei Hapag-Lloyd (Rekordgewinn in 2022: 17,5 Mrd.), wären

die notwendigen sozialen Maßnahmen in der Stadt mehr als ausreichend zu finanzieren.

Eine radikale Umsteuerung des Hamburger Haushaltes zur Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit, für kulturelle Teilhabe, gute Bildung sowie Ausbau des ÖPNV ist notwendig.

Eine starke LINKE in den Bezirken, aber auch kraftvolle Bewegungen in den Stadtteilen, starke Gewerkschaften und eine gute Selbstorganisation auch in Genossenschaften sind die Voraussetzungen, um den Druck für die finanzielle und politische Stärkung der Bezirke zu erhöhen.

### Für ein soziales Hamburg: Die soziale Infrastruktur den Bedarfen anpassen!

Hamburg ist eine wachsende Stadt. Lebten 2014 noch knapp 1,8 Millionen Menschen in Hamburg, waren es Ende 2022 deutlich mehr als 1,9 Millionen, was zu einer verstärkten Inanspruchnahme wohnortnaher Angebote für Familien, Kinder und ältere Menschen führt. Der Ausbau der sozialen Infrastruktur bleibt jedoch weit hinter den tatsächlichen Bedarfen zurück. Auch in neu entstehenden Wohnquartieren besteht ein eklatanter Mangel an entsprechenden Einrichtungen. Dabei ist die soziale Infrastruktur – von Gesundheits-, Pflege-, Bildungs- und Sozialwesen bis hin zu Stadtteilzentren, Bibliotheken, Theatern, Schwimmbädern und Nahver-



kehr – zentral für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Gerade angesichts der zunehmenden sozialen Spaltung in Hamburg wäre nicht nur der Erhalt, sondern ein Ausbau der sozialen Infrastruktur zwingend notwendig. Wir fordern daher, in den Bezirken auf Grundlage der soziodemografischen Entwicklung eine Bedarfsplanung für die soziale Infrastruktur zu erstellen. In den Planungen soll über heutige Generationen hinaus im Sinne von Struktur- sowie Bevölkerungsveränderungen und Nachhaltigkeit gedacht werden.

Den Bezirken müssen dafür die finanziellen Mittel zur Bewältigung der Aufgaben bereitgestellt werden. Wir setzen uns deshalb für ein massives Investitionsprogramm ein, um angemessenen Wohnraum und eine gute soziale Infrastruktur für alle Menschen zu gewährleisten.

Wir fordern:

- **In den Bezirken muss auf Grundlage der Bevölkerungszahlen eine Bestandsaufnahme und Bedarfsplanung der sozialen Infrastruktur erfolgen.**
- **Die soziale Infrastruktur soll mit dem Ziel gestaltet werden, dass die Teilhabe am öffentlichen Leben wohnortnah für Alle – z.B. auch durch die Bereitstellung nichtkommerzieller Räume- gefördert wird.**
- **Die Bezirke müssen Strukturen schaffen zum regelmäßigen Austausch unter Beteiligung der Bürger:innen und zur Koordination der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen.**
- **In den Planungen soll über heutige Generationen hinaus gedacht werden im Sinne von Struktur-, Bevölkerungsveränderungen und Nachhaltigkeit.**

### **Gutes Wohnen für Alle!**

Wohnen ist ein Grundrecht und ein existenzielles Grundbedürfnis. Alle Menschen haben das Recht auf menschenwürdigen und bezahlbaren Wohnraum.

Die Miete steigt und steigt, das Einkommen aber nicht. Reicht das Geld nicht mehr für die Miete, müssen viele Menschen ihre Wohnung aufgeben und den vertrauten Stadtteil verlassen.

Diese Verdrängung werden wir auch im Bezirk weiter bekämpfen und für die Realisierung des Rechts auf Wohnen für alle streiten.

Solange Immobilienkonzerne Grund und Boden und Wohnungen als Spekulationsobjekte behandeln und Mieten erhöhen, wo sie nur können, werden permanente Mietensteigerungen kein Ende haben.

Seit Start des Wohnungsbauprogramms 2011 sind die Mieten in Hamburg um mindestens 37 Prozent gestiegen und ist der Bestand an Sozialwohnungen von rund 100.000 auf 77.000 zurückgegangen. Gleichzeitig hat sich die Zahl der vordringlich Wohnungssuchenden fast verdoppelt, und immer mehr Menschen sind im reichen Hamburg von Wohnungslosigkeit betroffen.

Die Stadtentwicklung aber geht zunehmend auf Kosten von Grünflächen und damit auch von Umweltschutz. Investor:innen reißen Bestandsgebäude ab, um sie durch profitablere Neubauten zu ersetzen, als wenn es kein Morgen und keinen Klimawandel gäbe. Damit muss Schluss sein! Statt der bisherigen »Bauen, Bauen, Bauen!« - Politik brauchen wir einen Wechsel hin zu »Mieten deckeln, sozial und ökologisch bauen, Wohnraum vergesellschaften!«

Langfristig muss per Grundgesetz Privateigentum an Grund und Boden grundsätzlich dem Markt entzogen werden.

Wir fordern:

- **Einen allgemeinen, wirksamen Mietendeckel.** Für die städtischen Wohnungen der SAGA soll ein Mietestopp kommen.
- **Eine soziale Bodenpolitik, die auch bei großen Stadtentwicklungsprojekten keine Grundstücke verkauft.**

### **Gesamtstimmen-Ergebnis bei den letzten Bezirksversammlungswahlen 2019 im Vergleich zu 2014**

Merkmal	2019		2014		Veränderung	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%-Punkte
Wahlberechtigte gültige Stimmen für	1 418 173	100	1 382 699	100	+ 35 474	x
SPD	953 391	24,0	948 255	35,2	+ 5 136	- 11,2
CDU	722 031	18,2	668 377	24,8	+ 53 654	- 6,6
GRÜNE	1 241 650	31,3	491 400	18,2	+ 750 250	+ 13,1
DIE LINKE	425 907	10,7	273 975	10,2	+ 151 932	+ 0,5
AfD	251 778	6,3	120 964	4,5	+ 130 814	+ 1,8
FDP	261 879	6,6	105 387	3,9	+ 156 492	+ 2,7

Quelle: www.statistik-nord.de (S. 20)

- Eine aktive soziale Boden-Rückkaufspolitik, die langfristig den Hamburgischen Boden der Kapitalspekulation entzieht und so entweder günstigen städtischen, sozialen Wohnungsbau oder eine temporäre Vergabe in Erbpacht ermöglicht.
- Mehr und vor allem langfristig bezahlbare barrierefreie Wohnungen: in öffentlicher Hand und in der Hand gemeinnütziger Dritter durch Neubau und Vergesellschaftung, um alle Menschen in der Stadt gerecht mit gutem Wohnraum zu versorgen. Alle öffentlich geförderten Wohnungen müssen zukünftig dauerhaft mietpreisgebunden sein.
- Konsequente Umsetzung des Housing-First-Konzepts in jedem Bezirk.
- Finanzielle und organisatorische Förderung des Umzugs von älteren Menschen in kleinere Wohnungen: Begrenzung der Wohnkosten für Rentner:innen auf max. 30% des wohngeldrechtlichen Einkommens.
- Bei Sanierungen und Umstellung der Heizenergieversorgung muss die Umstellung für Mieter:innen warmmietenneutral sein. Gezielte Förderung für Eigenheimbesitzer und Unternehmen statt Milliarden für Immobilienkonzerne!



Protest gegen die anhaltende Mietenexplosion vor dem Rathaus am 12. Dezember 2023 (Foto: M. Joho)

### Wohnungspolitik aus den Bezirken

Mietenwahnsinn bekämpfen wir zuerst in den Bezirken. Wir wehren uns gegen Leerstand, Entmietung und Zweckentfremdung von Wohnraum. In allen Bezirken stehen ca. 2.500 Wohnungen bekanntermaßen leer. Mehr als 10.000 Wohnungen werden in Hamburg mehr oder weniger regelmäßig als Ferienwohnung genutzt. Die Dunkelziffer wird weitaus höher sein. Dazu kommen immer mehr möblierte Apartments und Vermietungen über Zeit, die gesetzliche Vorschriften umgehen sollen.

Aktuell betreiben die Bezirke nur Alibi-Wohnraumschutz. Kontrollen finden kaum statt. Buß- und Zwangsgelder werden nur in besonderen Fällen verhängen. Das muss sich ändern.

Verdrängung und Gentrifizierung sind in Hamburg weit verbreitet. Erhaltungsverordnungen schützen die Menschen vor der Verdrängung, dennoch werden sie wenig genutzt. Wir werden uns in den Bezirken für städtische und soziale Erhaltungsverordnungen einsetzen, wo sie möglich sind.

Das kommunale Vorkaufsrecht ist nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts quasi abgeschafft. Die Bundesregierung sieht offensichtlich keinen Bedarf, das zu ändern. Wir schon!

Wir fordern:

- Sofortige Buß- und Zwangsgelder, wenn Leerstand oder Zweckentfremdung bekannt werden. Schluss mit dem zögerlichen Wohnraumschutz.
- Überarbeitung aller relevanten Vorschriften, um gesetzliche Schlupflöcher zu schließen.
- Neue Soziale- und städtische Erhaltungsverordnungen.
- Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts.



Protest gegen den Elbtower am 17. November 2023 gegenüber der Handelskammer (Foto: M. Joho)

### Für eine lebenswerte und nachhaltige Stadt: Verkehrswende, Energiewende, Maßnahmen zur Klimaanpassung!

Der Klimawandel mit steigenden Meeresspiegeln und deutlichen Temperaturveränderungen schreitet umso heftiger voran, je weniger wir dagegen tun. Er birgt die Gefahr einer endgültigen Krise, denn die kapitalistische Wachstumsideologie lässt keinen Ausstieg aus der zerstörerischen Ressourcenausbeutung zu.

Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind bereits jetzt schon zu spüren. Das von DIE LINKE unterstützte Ziel der Pariser Klimakonferenz, den Temperaturanstieg auf 1,5 °C zu begrenzen, ist ohne schnelles und massives Umsteuern nicht mehr zu erreichen. Bereits 2 °C bedeuten jedoch schon: Wir müssen uns auf stärkere und vermehrte Starkregenereignisse sowie deutlich mehr Hitzetage in Verbindung mit längeren Trockenzeiten und niedrigen Grundwasserspiegeln einstellen. Diese werden nicht nur die Pflanzen und Tierwelt belasten, sondern auch Menschen, die sich draußen aufhalten. Deshalb sind Klimaanpassungsmaßnahmen zwingend notwendig, sie sind eine Pflichtaufgabe der Bezirke.

Wir fordern:

- Versiegelung verringern und Oberflächen aufhellen, das Schottergartenverbot durchsetzen.
- Schattenflächen schaffen, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume.
- Gebäude- und Flächenbegrünung ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben.



- Die Bildung von Wärmestau in der Stadt vermeiden und den Luftaustausch gewährleisten.
- Wasserflächen, insbesondere fließende/bewegte Wasserflächen schaffen und Bewässerung von Grünflächen gewährleisten, dabei das Brutplatzangebot für eingeschleppte Mückenarten reduzieren/eliminieren.

Damit die Wohnviertel lebenswerter werden, bekämpfen wir Planungen, die Investor:inneninteressen folgen. Kriterien wie Belüftung, Freiraum, Lärmschutz, Infrastruktur und Arbeitsplätze müssen zentrale Voraussetzungen bei Wohnungsbauvorhaben werden. Wir wollen Grünflächen als Rückzugflächen und »grüne Lunge« Hamburgs erhalten.

Umweltfreundliche Energiegewinnung in Hamburg ist möglich, ob als Großwärmepumpen im Quartier, ob als Solar- oder Windenergieanlage. Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, also die Umstellung von Heizöl und Erdgas auf Erneuerbare Energien, ist eine zentrale städtische Aufgabe für die nächsten Jahre. Die Versorgung mit Wärme ist eine der größten CO<sub>2</sub>-Quellen unserer Stadt. Die Wärmewende ist essenziell für die Erreichung der Klimaziele. Dabei ist die direkte Versorgung von Gebäuden mit Wärme aus Biomasse, Wasserstoff und Wasserstoffderivaten ineffizient und teuer. Der Einsatz von Wärmepumpen verschiedener Art und die Nutzung von Abwärme sind die Mittel der Wahl, bevorzugt in Wärmenetzen. Die Wärmeversorgung muss dem Profitstreben entzogen werden und die Menschen vor Ort dürfen nicht im Kalten sitzen gelassen werden!

Wir fordern:

- Eine kommunale Wärmeplanung, welche Menschen und Unternehmen vor Ort einbezieht, Transparenz in den Prozessen schafft und langfristige Planungssicherheit gewährleistet.
- Aktive Steuerung für Siedlungs- und Quartierslösungen durch kommunale Sanierungsbeauftragte und Erarbeitung von kollektiven Lösungen.
- Den großflächigen Ausbau von Wärmenetzen in öffentlicher Hand.
- Eine Ausbildungs- und Joboffensive für Menschen, die für die Energiewende arbeiten.

Im reichen, rot-grünen Hamburg wird viel über Klimaschutz geredet, aber es wird zu wenig getan. Der Verkehr wächst täglich, beschleunigt den Klimawandel und schadet unserer Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu bringen und gleichzeitig den Verkehr insgesamt zu verringern. Das ist möglich, wenn die Leute auf gemeinsame, öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können und wir den Gütertransport vom Lkw auf die Schiene verlagern.

Es geht ohne Auto, wenn wir genug Bus- und Bahnstrecken haben und die HVV-Preise über den Weg des 49-EURO-Tickets nach und nach bis auf Null sinken. Wenn wir das Radfahren auf breiten Radfahrstreifen so gut machen, dass niemand von Autos, Lkw oder Bussen gefährdet wird. Wenn wir für breite,

stolperfreie Fußwege und Fußgängerübergänge sorgen mit deutlich längeren Grünphasen für mobilitätseingeschränkte Menschen. Wenn es flächendeckend in allen Bezirken stationäre Carsharing-Angebote gibt. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für Menschen, für Wohnungen und für Grün. Und dafür lohnt es sich, aus- und umzusteigen.

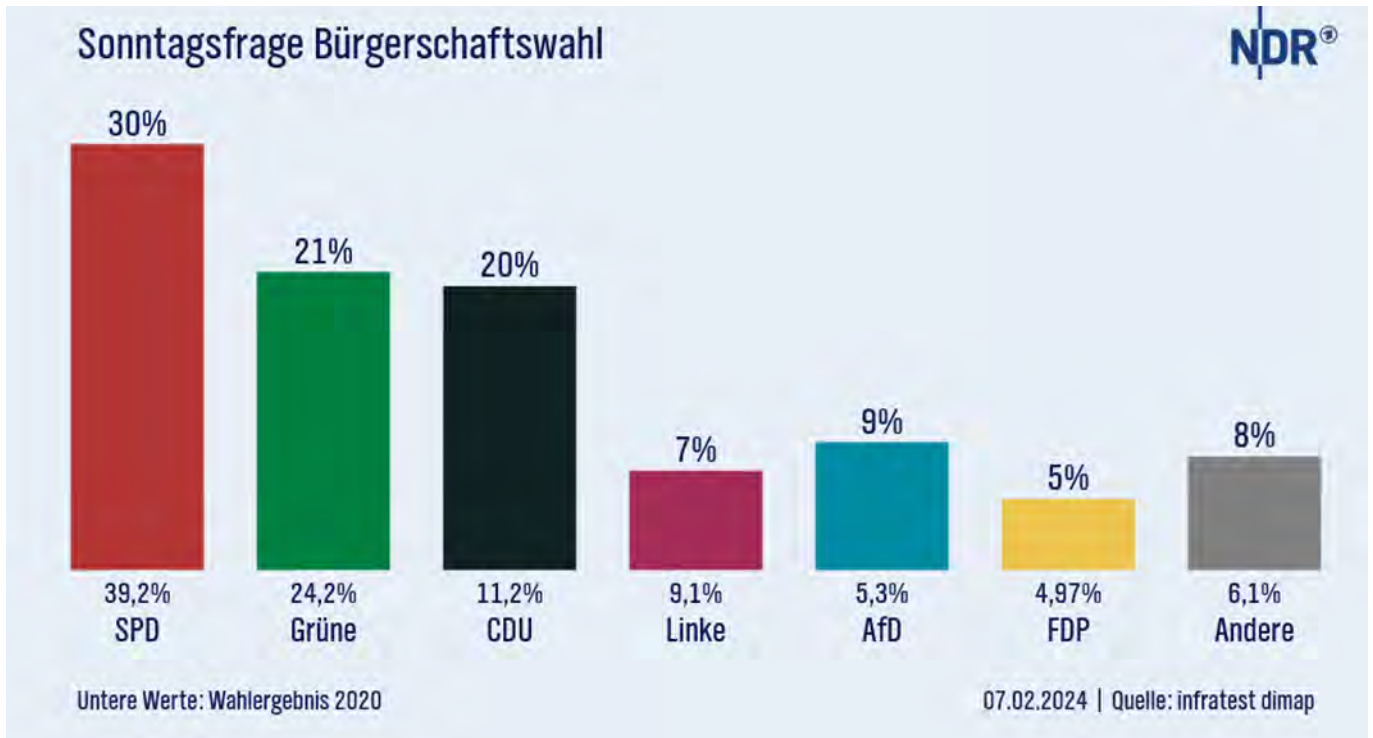
Wir fordern:

- Die massive Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs. Die ökologisch und ökonomisch widersinnige U5 lehnen wir ab. Alle Baumaßnahmen sind sofort zu stoppen. Zentral ist für uns die Wiedereinführung der Straßenbahn: Sie ist für die Erreichung der Klimaziele bis 2030 unverzichtbar.
- Perspektivisch: HVV umsonst.
- Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in der Stadt.
- Mehr Platz auf der Straße für Fußgänger:innen, Fahrräder und Öffis und sichere Radwege.
- Eine ökologische Stadtentwicklung: die auf Bauen im Bestand statt Abriss und Neubau setzt und zunächst alle Baumöglichkeiten auf bereits versiegelten Flächen ausschöpft, statt weitere Grünflächen zu zerstören.
- Die Nachrüstung von Abbeigeassistenten für alle Busse und Lkw, die im städtischen Auftrag unterwegs sind, perspektivisch für alle Lkw und Busse.
- E-Scooter (Elektroroller): Das unregulierte Abstellen von E-Scootern muss verhindert werden, da dies insbesondere für Senior\*innen eine ständige Stolper- und Verletzungsgefahr darstellt. Deshalb: Strikte Regulierung der E-Scooter (Abholen und Abstellen der E-Scooter nur noch auf zugewiesenen Bereitstellungsflächen wie bei Stadtrad).
- Fußwege: Die derzeitige Straßenbeleuchtung in Hamburg leuchtet vor allem die Fahrwege aus, die Fußwege sind dagegen nur mangelhaft beleuchtet. Deshalb: Sichere Fußwege mit ausreichender Beleuchtung (moderne Technik die sowohl die Fahrwege als auch die Fußwege ausleuchtet).
- Fahrkartenkauf und Inanspruchnahme von Nahverkehrsleistungen: HVV-Fahrkarten müssen auch weiterhin analog – und nicht nur digital über Apps – erworben und genutzt werden können. Beförderungsleistungen wie RufBus und Moia müssen auch ohne Internet und Handy analog bestellbar (z.B. über Telefon) und nutzbar sein.

Teil 2 des Bezirkswahl-Rahmenprogrammes der Hamburger LINKEN folgt im nächsten »Bürger\*innenbrief«.

Hier noch eine kleine Zwischenmeldung, die bereits in der Einleitung Erwähnung fand:

Ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl: Umfrageergebnis von Infratest-Dimap, Pressemitteilung des NDR vom 7.2.2024 (<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/NDR-Hamburg-Trend-SPD-bleibt-staerkste-Kraft-CDU-legt-deutlich-zu,hamburgtrend242.html>) ▼ *Grafik nächste Seite*



## 100 Jahre Rodtschenko-Plakat »Bitte – Bücher zu jedem Thema!«

Von Michael Joho



Bücher, Bücher zu jedem Thema – das ist die Botschaft des von Alexander Rodtschenko (1891–1956) vor genau einem Jahrhundert entworfenen sowjetischen Plakats im Stile des Konstruktivismus. Er war einer der treibenden Kräfte der russischen Avantgarde, der es wichtig war, das Lebensgefühl nach der Oktoberrevolution auf Reklameplakaten und in Büchern auf den Punkt zu bringen. Das Foto auf der Montage zeigt übrigens Lilya Brik (1891–1978), eine damals bekannte sowjetische Regisseurin und Bildhauerin. Wer sich für die »Sowjetische Plakatkunst bei Alexander M. Rodtschenko« in-

teressiert, findet im Netz unter einen lesenswerten [Artikel](#) von Marie Reppe.

Der Kulturtyp in diesem Monat ist ganz unspezifisch und korrespondiert mit Rodtschenkos Plakataussage: Leute, kauft Bücher, Bücher zu jedem Thema. Denn der Buchhandel steckt schon länger in der Krise. Die Zahl der deutschen Neuerscheinungen ist innerhalb von zehn Jahren von 93.600, davon fast 82.000 in Erstauflage (2013) auf 71.524, davon nur noch gut 64.000 in erster Auflage (2022) zurückgegangen, die Zahl der Unternehmen im Einzelhandel mit Büchern ist in zwei Jahrzehnten von gut 5.000 (2001) auf knapp 3.000 (2021) geschrumpft. Zwar hat der Buchhandel erstmals seit längerem 2023 ein Umsatzplus von 2,9% erzielt, aber nur deswegen, weil die Preise für Bücher um 4,9% angezogen haben.

Der Untergang des Buches ist schon so manches Mal beschworen worden, aber noch gibt es sie, so tolle Publikationen wie die aus den noch bestehenden linken Kleinverlagen.

Diese kleine Auswahl entspringt sicher nur einer sehr subjektiven Sicht auf den Buchmarkt, es gibt schließlich noch gut 70.000 andere Veröffentlichungen! Ein Blick in den »Büchergarten 2022«, wie das der Börsenverein des Deutschen Buchhandels auf einem wunderschönen Plakat bezeichnet hat, zeigt, dass die Sachbücher mit 10,4% im vorvergangenen Jahr nicht gerade der Renner waren, zumal mit abnehmender Ten-





Karl Dietz Verlag, Berlin 2023, 49,90 €



VSA Verlag, Hamburg 2024, 12,- €



Assoziation A, Hamburg 2023, 24,- €

denz (minus 9,2% gegenüber 2021). Anders dagegen die Belletristik – wen wundert’s? – die 2022 mittlerweile einen Marktanteil von 34,0% ausmachte (plus 4,4% gegenüber 2021).

Und schließlich sei hier noch auf ein nicht nur die Buchliebhaber\*innen ganz entzückendes Plakat der Kurt-Wolff-Stiftung hingewiesen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wer bekommt eigentlich was vom Buch bzw. Ladenpreis? Und es ist der Versuch, zu veranschaulichen, dass ein – sagen wir – 24 Euro teures Buch seinen Preis wohl wert ist, auch, weil es eine ganze Menge Menschen, Gewerke und Betriebe am Leben erhält und einen schier endlosen Himmel voller Ideen und Informationen, Spannung und Bedenkenswertem eröffnet. »Sind Bücher eigentlich zu teuer – oder zu billig?« Diese Frage beantwortet das schön gestaltete Begleitmaterial zum nebenstehenden Plakat. »24 Euro ist ein Preis, den sich nicht jeder Mensch leisten kann. Gleichzeitig ist es eine Summe, die für alle an einem Buch Beteiligten oft nicht genug abwirft. Die wenigsten Autor\*innen können von ihrem Honorar leben und die wenigsten Verleger\*innen unabhängiger Ver-

lage von den Verkäufen. Auch im Buchhandel – sowohl im Groß- als auch Einzelhandel – sieht es nicht gut aus; immer wieder müssen Unternehmen und Verlagsauslieferungen aus finanziellen Gründen schließen. Warum ist das so, dass mit dem Verkauf von Büchern so selten genug Geld in die Kasse kommt, um Miete, Löhne etc. bezahlen zu können? Wer verdient eigentlich alles an einem Buch? Wie setzt sich so ein Verkaufspreis genau zusammen? Dieses Plakat zeigt, wer an der Entstehung und Herstellung eines Buches mitwirkt, welche Kosten dabei entstehen und welcher Anteil bei dem/der Autor\*in, in der Buchhandlung und im Verlag landet.«



Das vollständige Plakat zum »Büchergarten 2022« im [Internet](#)



# Kulturipp

## »Kein Geburtstag, kein Todestag – Heinrich-Heine-Fest«

Von Michael Joho

Allzu viele Plätze sind im Deutschen Schauspielhaus (Kirchenallee 39) ja nicht mehr zu buchen, aber in den günstigeren Preisgruppen zwischen 12,- und 18,- Euro sind noch Karten zu haben. Wofür? Für einen vermutlich einzigartigen Abend zu »Heinrich Heine – eine Art Lebenslauf«, wie es in der Ankündigung heißt. Bereits am Donnerstag, den 22. Februar, 20.00 Uhr, geht das Programm über die Bühne. Der Schauspieler Charly Hübner wird Texte des großen deutschen, revolutionären Dichters rezitieren, so auch diesen inhaltsschweren Halbsatz: »... in uns selbst liegen die Sterne unseres Glücks« – da denk(t) mal drüber nach. »Heinrich Heines Leben und Werk auf der Schauspielhaus-Bühne«, so die Ankündigung des Schauspielhauses. »Seine herzerreißenden Gedichte, seine bissig-hellsichtige Prosa, seine schonungslosen Briefe erzählen von Liebesleid, deutscher Zensur und Politik, von Vergnügungen und Begegnungen im Pariser Exil. Charly Hübner liest und spielt auf der Klaviatur Heinescher Emotionen und Gedanken.« Und der ganz besondere, augenzwinkernde Clou: »Was könnte Heinrich Heines Verzweiflung an deutschen Zuständen und seine schmerzliche Liebe zu Deutschland besser kommentieren als ein deutscher Männerchor?! Die Herren des NDR-Vokalensembles intonieren aus der Tiefe der Bühne Lieder u.a. von Johannes Brahms, Mendelssohn Bartholdy, Carl Friedrich Zelter, Robert Schumann und Claus Bantzer.« Wie bereits angemerkt, noch sind Karten zu haben.



Diese Veranstaltung ist Teil des diesjährigen Heinrich-Heine-Festes, das bereits Anfang Februar angelaufen ist und am Freitag, den 24. Februar, 19.30 Uhr, mit einem in der Elbphilharmonie endet. An diesem Abend wird es noch einmal um Heinrich Heine in Paris gehen, wo der in deutschen Landen Verfeimte die letzten 25 Jahre seines Lebens verbrachte. Zitieren wir auch hier die blumige Ankündigung: »Halb zog es ihn, halb floh er hin. Zuhause wurden seine Texte zensiert, in Paris brauste ungehindert das kulturelle Leben. Von 1831 bis zu seinem Tod 1856 lebte Heine in Paris, tauchte in das politische, gesellschaftliche Geschehen ein. Auch war man musikalisch engagiert, die Pariser Presse war begierig nach großen und kleinen musikalischen Sensationen. Heine kannte viele Solist\*innen, Komponisten, Dirigenten persönlich und schrieb vor Geist und Witz sprühende Texte. Zwar gestand er, »keine Note zu verstehen«, doch wurde er der meistvertonte Dichter unserer Sprache: Allein sein Gedicht »Du bist wie eine Blume« wurde 400-mal vertont! Über viele bekannte und unbekanntete Komponisten und Interpreten schrieb Heine Enthusiastisches und Boshaftes. Auch die komponierenden Frauen des damaligen Musikbetriebs Fanny Hensel-Mendelssohn, Clara Schumann, die großartige Pauline Viardot-Garcia sind ihm in Paris begegnet. Davon berichtet dieses Literaturkonzert.« Für das es leider nur noch Tickets zwischen 45,- und 50,- Euro gibt, dafür aber auch Auftritte von Benjamin Appl (Gesang), Olena Kushpler (Klavier), Jens Harzer (liest Heine) und Barbara Auer (als Erzählerin). ♦

Abbildung: Heinrich Heine-Porträt von Moritz Daniel Oppenheim, 1831  
Zitatquelle: Heinrich Heine: Deutschland. Ein Wintermärchen. 1843/44.  
[www.projekt-guten-berg.org/heine/wintmrch/wintmrch.html](http://www.projekt-guten-berg.org/heine/wintmrch/wintmrch.html)

### CAPUT XXIII

*Als Republik war Hamburg nie  
So groß wie Venedig und Florenz,  
Doch Hamburg hat bessere Austern; man speist  
Die besten im Keller von Lorenz.*

*Es war ein schöner Abend, als ich  
Mich hinbegab mit Campen;  
Wir wollten miteinander dort  
In Rheinwein und Austern schlampampen.*

Mit diesem Bürger\*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger\*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg